

Welt, den die Deutschen gegen den Kapitalismus erklingen müssen.

Abg. Bremsig (Wirtsh.) findet nachzuweisen, daß der jetzige Kapitalismus durchaus berechtigt ist, gegen das Kapitalismus haben wir nicht wegen des gleichen Brüderwesens gekämpft, sondern weil es nicht den richtigen Kompromiß garantiert.

Abg. Göttingen-Müllingen (CDU-Nat.) postuliert gegen Abgeordneten Graf zu Eulenburg und fordert praktische Arbeit von den Deutschen. Warum hat Abgeordneter Graf durch das billige Schlagwort „Abdication is Recognition“ den Heimberuf der Landwirtschaft auf sich gelegt? Die große Krise der Landwirtschaft wird erst noch kommen, wenn Auslands technische Anstrengungen dort eine landwirtschaftliche Überproduktion erzeugen werden. Der Kampf der Landwirtschaft darf nicht gegen die Konkurrenten, sondern muß mit ihnen selbst werden.

Abg. Rothholz (Dnat.) gibt dem Verteidiger den Vorwurf der Ueberheblichkeit auf, der dieser dem Abgeordneten Graf zu Eulenburg gemacht hat: Wie haben es nie an sozial eingehenden Vorschlägen und Förderungen fehlen lassen.

Darauf wird der kommunistische Wirtschaftsausschuss gegen Minister Schleier gegen die Stimmen der Antikrisen abgelehnt, der Haushalt mit den Einschätzungen des Ausschusses unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge angenommen. — Angenommen wird eine sozialdemokratische Einschätzung zugunsten der Kleinländischen. Das Oktobergesetz, Milchmiete und Weingesetz werden dem Volkswirtschaftsausschuss überwiesen, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Vermarktungszwanges für ausländische Waren.

Daraus folgt der Haushalt des Auswärtigen Amtes, mit dem das Wirtschaftsabkommen mit Polen und Danzig, sowie eine Anzahl Verträge mit Deutschösterreicher verbunden sind. Berichterstatter ist Abg. v. Freitag-Loringhoven (Dnat.).

Reichsausßenminister Dr. Curtius:

Ich bin dem Haushaltsausschuss dankbar, daß er den Etat des Auslandsmissionen aus dem Etat des Auswärtigen Amtes herausgenommen hat, sodass nach den wechselnden Bedürfnissen die verschiedenen Ausgaben eingerichtet werden können. Der Berichterstatter hat keine Absicht, den Auswärtigen Etat mit den gleichen Etats Englands und Frankreichs zu vergleichen, erst vor sehr kurzer Zeit mitgeteilt. Infolgedessen ist es dem Auswärtigen Amt nicht möglich, seine Angaben jetzt schon fortgeschritten zu machen. Auch ich halte einen solchen Vergleich durchaus für wertvoll. Es steht aber fest, daß der englische Etat des Auswärtigen Amtes im ganzen höher als der deutsche ist, und der französische dreimal so hoch wie vor dem Kriege. Auch wir sind durch den neuen Stand der staatlichen Verhältnisse nach dem Kriege zu erhöhten Ausgaben benötigt. Ich habe in der Kürze Vergleiche mit siebzehn ausländischen Auslandsmissionen ange stellt und habe festgestellt, daß nach Abzug der ausländischen Marine- und Militärräte des deutschen Etats des Auswärtigen Amtes annähernd so groß ist wie der italienische und im Personalbestand kleiner als der französische und englische ist. Ich will damit weder mir noch irgend jemand anderem elenken, daß im Auswärtigen Amt nicht noch geprägt werden könnte. Eine eingehende Befreiung der Denkschrift des Berichterstatters wird im Ausschuss stattfinden. Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß Einzelfälle verallgemeinert werden und festgestellt, daß die deutschen Auslandsmissionen uns nach dem Kriege wichtige politische Dienste geleistet haben.

Zur Außenpolitik gedenkt der Minister vor allem der Rheinlande: Die Befreiungsfeiern im Rheinland, dem wir nochmals unser Dank für seine Treue aussprechen, werden hoffentlich das Bild eines Deutschlands zeigen, das in den leichten und höchsten Fragen einig ist. Wir gedenken heute wieder jenes Mannes, der seine beste Kraft für die Befreiung des Rheinlandes hingegeben hat und der nicht mehr unter uns weilt. Mögen die leichten Wirkungen der Befreiung noch lange nachwirken! Gegenüber gewissen Presseäußerungen, daß die deutsche Außenpolitik nach der Rheinlandräumung neue Ziele anstreben werde, kann ich nur sagen, daß ich die Ziele der deutschen Außenpolitik für jeden vernünftigen Beobachter längst von selbst ergeben. Unsere Außenpolitik war niemals so ausschließlich auf die Lösung dieser einen Aufgabe eingestellt, daß sie darüber andere Ziele preisgegeben hätte; sie war immer darauf gerichtet, die volle politische Freiheit und Gleichberechtigung für Deutschland auch auf den Gebieten zu erreichen, wo sie heute noch nicht als gewonnen zu bezeichnen ist. Wir werden uns mit aller Kraft für eine Entwicklung einsetzen, die den deutschen Lebensinteressen genüge schafft, und die den Frieden sicherstellt, dessen Schutz wir für unsere Ausgaben brauchen. In jeder Situation werden wir fühlt einzufügen unsere Möglichkeiten und Kräfte einsehen. Unsere Beziehungen zu den Belagerungsmächten werden durch die Räumung wesentlich entlastet, die Barriere für ihre normale Gestaltung fällt. Das ist nicht ein Geschenk, sondern eine Handlung der politischen Vernunft, die gute Früchte tragen wird. Leider ist noch in leichter Stunde eine höchst peinliche Differenz entstanden. Wir haben nicht verhindern können, daß die Belagerungsregierungen die Flughäfen und Luftschiffhallen auf Abruch haben verstiegen lassen, ohne auf unsere Vorschläge für eine andere Regelung einzugehen. (Zuruf rechts: Das ist die Quittung!) Solche Dinge aber liegen, das hoffe ich mit aller Bestimmtheit, ein für alle Mal hinter uns.

Die Liquidation der Krieges ist leider noch nicht vollendet, die Saarfrage noch nicht gelöst. Die lange Dauer

der bisherigen Verhandlungen erfüllt soviel die außerordentlich verwirrten Einzelheiten. Ich bin überzeugt, daß die Deutschen an der Saar, die hier zu Deutschland gehalten haben, auch diese Macht der Ungehorsamkeit und des Hartness mit ruhiger Geduld und festen Herzen ertragen werden. So sehr wir auch der Volksabstimmung 1920 sind, so wäre es doch erstaunlich, wenn die Saarfrage durch freiwillige Vereinbarung schon jetzt geregelt würde.

In Mitteleuropa stehen wir einen Suhand, wenn nicht der Krieg, so doch der inneren Bewegtheit, Tendenzen und Entwicklungen, die in ihrem Wesen noch nicht zu bestimmten sind, ein Gemisch von neuen und alten Methoden. Hartness und Füberschreitung an Sonderinteressen, das mit allen bekannten Mitteln der Verteilungspolitik befreit wird. Deutschland hat nicht das mindeste Interesse einer Scheidung der Studien in gegenseitige Lager. Tritt sie aber ein, so wird Deutschland auf der Seite derer stehen, die für seine Gleichberechtigung und eine vernünftige Fortentwicklung eintreten. Dedenfalls gibt es für Deutschland keinen Widerstreit zwischen seinen eigenen Interessen und denen der großen europäischen Gemeinschaft.

Im Völkerbund standen bis jetzt vielfach die Sonderbesprechungen über alte Fragen im Vordergrund; zukünftig wird der Völkerbund mehr zu seinen Aufgaben kommen. Er steht noch im Anfang, die Gleichberechtigung ist noch nicht in dem notwendigen Maße durchgeführt. Es fehlen noch Vorlehrungen zur Gewährleistung friedlicher internationaler Entwicklung, und besonders auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Mindesteinkommens ist noch viel Grund für berechtigter Kritik. Noch immer sucht man jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Wirtschaft von der Gewährung einer besonderen Sicherheit abhängig zu machen, obgleich es viel einfacher wäre, nicht Krieg gegen den Krieg zu führen, sondern dem Krieg überhaupt vorzubeugen. Wir müssen die Regierungen immer wieder auf die Verpflichtungen hinweisen, die sie bei der Errichtung des Völkerbundes übernommen haben.

Das Kabinett wird in den nächsten Tagen die Beratung über die Antwort auf das Briand'sche Memorandum zur Pan-europäischen Beendigung. Vorher kann ich außer grundfester Zustimmung keine Neuerungen über Einzelheiten machen. Die Schwierigkeiten verinnerlichen Politik müssen offen und unparteiisch besprochen werden. Das Memorandum erkennt ja diese Schwierigkeiten selbst an. Die Antwort auf Briands Fragebogen wird sich im Sinne der letzten großen Rede Stresemanns in Genua halten. In der deutsch-russischen Politik drohte ein Umsturz zur Verschärfung der Beziehungen einzutreten, besonders wegen unserer Bedenken über die antireligiöse Kompagnie und die Verstärkung der revolutionären außenpolitischen Tendenzen der Sowjet-Regierung. Die Regierung hat es für nötig gehalten, diese Störungen durch offene Befreiung der grundfestschen, nicht allein materiellen Schwierigkeiten zu beseitigen. Das Pressekommunikat über diese Befreiungen enthält nichts Sensationelles, sondern im großen ganzen nur die Feststellung, daß das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse die Grundlage der Beziehungen bildet. Wir müssen Wertaufgabe Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn legen, insbesondere zu dem größten Nachbarstaat, weil der Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft von der Entwicklung des Exports nach dem Osten abhängt,

und weiß wie die Welt so am Osten zu den europäischen Staaten bilden wollen.

Beim deutsch-polnischen Grenzabschluß sind wir bestrebt worden, als jüdische Zwischenfälle zu übergehen, um die Unschärfe der Grenzziehung im Osten zu vermeiden. Man muß uns doch mindestens so viel politischen Raum zu trauen, daß wir nicht glauben, Außenpolitik mit dem Grenzabschluß zu betreiben. Die Räumung des Grenzlandes ist noch nicht abgeschlossen. Die deutschen Gemeinden haben die Anweisung erhalten, als gesetzter Kontroll in ihrem Dienst zu bestehen. Auf die Handelsvertretungspolitik werde ich ausführlich beim Etat des Auswärtigen Amtes gehen. Mit Rumänien stehen wir leider noch im vertraglichen Verhältnis und auch gegen Polen leider noch im Handelsvertrag. Das liegt daran, daß diese Staaten den größten Wert auf ihrer Zollpolitik legen, während wir selbst Rückicht auf unsere leidende Landwirtschaft nehmen müssen. Unsere Versuche, Zollsätze zu vermeiden, waren erfolglos. Eine Gefahr, die dringend nötige Handelsvertrag gefährdet wäre. Ich bitte um baldige Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages und des deutsch-rumänischen vorläufigen Abkommens, das nach Schluss der Beratung im Reichstag dem Reichstag zugehen wird. Andernfalls hat unser Export nach Rumänien unter den vermutlich bald erhöhten rumänischen Zollzälen zu leiden. Ich bitte auch um baldige Ratifizierung des deutsch-osterrömischen Handelsvertrages. Zu den Auseinandersetzungen, ob die Außenpolitik oder die Innenpolitik den Vorrang habe, möchte ich erklären, daß dieser Streit möglich ist, und daß eine kraftvolle Außenpolitik ihre Voraussetzung in konsolidierten innerpolitischen Verhältnissen haben muß. (Beifall bei den Regierungsparteien)

Abg. Dr. Breitheld (Soz.):

Zunächst möchte ich meine Genugtuung über die Befreiung der Rheinlande aussprechen. Ich habe den Eindruck, daß man dieses Ereignis auch in Deutschland sehr beglückt versucht, obgleich Jahr lang die Räumung gefordert wurde. Hartmann hatte die reichste rheinische Räumung auch weiter die Last der Besatzung ertragen, wenn die Räumung allzu ungewöhnliche Opfer erfordert hätte. Genugtuung empfunden wir auch darüber, daß die Räumung durch eine Politik der Anerkennung der Gewalt und der gewalttätigen Methoden gelungen ist. Wir denken ebenso wie der Außenminister Stresemann, daß uns nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch in der Innenpolitik fehlt. (Sehr wahr!, bei den Soz.)

Stolz erfüllt uns, daß erst die Sozialdemokratie die Voraussetzungen zu dieser Politik geschaffen hat.

Die Sozialistische Internationale forderte die Räumung schon einer Zeit, als die bürgerlichen Parteien der anderen Länder noch nicht an sie dachten. Wir haben den Eindruck, daß bisjenigen, die jetzt sich zu den Feieren im Rheinland begeben, sich das alleinige Verdienst an der Räumung zuschreiben wollen. Ein neues Kapitel der deutschen auswärtigen Politik ist mit der Befreiung von dem Besatzungsdruck angebrochen. Wir sind eben nicht der Ansicht, daß diese Politik anderen Gesichtspunkten oder visiter folgen sollte. Wir warnen vor der Ansicht, die aus-

238 gegen 8 Der Preußensatz im Landtag angenommen

Berlin, 25. Juni. (Eigener Bericht)

Eine Reihe kleinerer Vorlagen werden auständigen Ausschüssen überwiesen, so der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtteiles Buglebude, ein Kreditgesetz über Landesbauernförderung an der Nordseeküste und eine Kreditvorlage zu Neubauten in Bad Pyrmont.

Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei beantragen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der Personalpolitik im Preußisch-Statistischen Landesamt. Der Ausschuss soll 29 Mitglieder haben.

Abg. Siebel (Dem.): Dafür genügen uns auch 15 Mitglieder. Warum wollen ausgerechnet die „Parteien der Sparsamkeit“ so hohe unnötige Kosten machen? — Mit den Stimmen der Koalitionsparteien wird die Mitgliederzahl dieses Untersuchungsausschusses auf 15 festgesetzt.

Es folgt die zweite Lesung des Finanzausgleichs. — Abg. Dr. von Cuyern (D. Wp.) beantragt Rückverweisung an den Hauptausschuß. — Da weder der Antragsteller noch ein anderer Volksparteileiter im Saale anwesend sind, wird der Antrag einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit.)

Es folgt die wiederholte Abstimmung über den Gesamtausgleich. — Abg. Dr. von Cuyern (D. Wp.) beantragt Rückverweisung an den Hauptausschuß. — Da weder der Antragsteller noch ein anderer Volksparteileiter im Saale anwesend sind, wird der Antrag einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit.)

Es folgt die wiederholte Abstimmung über den Gesamtausgleich in dritter Lesung. Er wird mit 230 Ja-gegen acht Nein-Stimmen angenommen. (Großer Beifall bei den Regierungsparteien, großer Lärm bei Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten.)

Die Notverordnung über die Erhöhung der staatlichen Grundvermögenssteuer wird mit 221 gegen 64 Stimmen gutgeheissen. (Großer Lärm bei der Wirtschaftspartei und den Nationalsozialisten.)

Über die Auschuhberatungen zum Finanzausgleich entschied Abg. Süßat (Soz.) Bericht. Er hob hervor, daß die Regierungsparteien sich völlig geeinigt hätten, daß aber auch die Oppositionsparteien im wesenlichen die Grundlage der Regierungsvorlage als richtig anerkannt hätten. Eine Aufhebung oder Änderung der relativen Garantie sei als notwendig anerkannt worden, aber in diesem Jahre noch nicht möglich. Die Auschuhanträge wurden schließlich angenommen.

Abg. Lademann (Komm.) führt dann Beschwerde darüber, daß der Geschäftsordnungsausschuss wieder in einer ganzen Reihe von Fällen die Aufhebung seiner Immunität vorschlage, obwohl er durchaus in der Lage sei, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu führen.

Abg. Hellmann (Soz.):

Gerade dazu will der Geschäftsordnungsausschuss dem Abgeordneten Lademann die Möglichkeit geben. Es handelt sich durchweg um Fälle, bei denen ein starkes öffentliches Interesse an der Ermittlung der vollen Wahrheit besteht. Hätte der Abgeordnete Lademann Mut, fühlte er sich als Kämpfer, so würde er selbst um die Aufhebung seiner Immunität bitten. (Sehr gut bei den Soz., großer Lärm bei den Komm.) Völlig irrig ist die Annahme, daß der Geschäftsordnungsausschuss durch Aufhebung der Immunität schon ein Vor-Urteil darüber fassen wolle, ob die Behauptungen des Abgeordneten Lademann richtig oder falsch seien. Ein solches Urteil stehe nur dem Gericht zu und sei nach erfolgter Zeugenvernehmung möglich. Aber imponieren könnte der Sozialdemokratie eine „revolutionäre“ Partei nicht, die sich in den Landtag stellt und stundenlang greine, weil im schlimmsten Falle ein paar ihrer Mitglieder zu ein paar Mord-Geldstrafen verurteilt werden könnten. (Beifall b. d. Soz., Lärm b. d. Komm.)

Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

6) (Nachdruck verboten)
Gerd: „Sie war durch die schlechte peinlire Lage Ihrer Eltern gezwungen, selbst zu verdienen. Sie glaubte, in Italien leichter vorwärts zu kommen, zumal sich ihr eine wirklich selten gute Position bot.“

Dr. Preller: „Wissen Sie näheres über Gräulein Grätz ausenthalst in Italien?“

Gerd: „Sie war durch die Kündigung der Arbeit entlassen, die sie dort in einem Exportgeschäft tätig war. Aber auch dort konnte sie nicht lange bleiben, weil das betreffende Geschäft aufgelöst wurde. Sie ging nach Rom und nahm eine Stelle in einem italienischen Büro an.“

Dr. Preller: „Und wann läßt Sie Ihre Beziehungen zu Gräulein Grätz?“

Gerd: „Während ihres Aufenthaltes in Rom.“

Dr. Preller: „Welche Veranlassung hatten Sie dazu?“

Gerd: „Darüber möchte ich nicht sprechen.“

Dr. Preller: „So wäre aber jeder wüsste, was Sie wissen! Bei einem eventuellen späteren Prozeß könnte das unter Umständen ein sehr wichtiger Factor sein!“

Gerd: „Sollte das denn?“

Dr. Preller: „Nun — für die Vertheidigung natürlich!“

Gerd: „Trotzdem! Ich kann darüber nichts sagen!“

Dr. Preller: „Wie Sie meinen, Herr Wieringer!“

Sagen Sie mir aber bitte das: Gibt es Gräulein Grätz als auch Gräulein Sunningo verfolgten von Ihnen die Rückgabe sämtlicher Dokumente, um was für Dokumente handelt es sich vielleicht?“

Gerd: „Nun hierfür kann ich Ihnen nichts sagen!“

Dr. Preller: „Was Ihnen bestimmt die anderen Dokumente?“

Gerd: „Vielleicht! Aber kaum vielleicht wirklich nichts.“

aussagen, und ich bitte Sie, mich nicht weiter danach zu fragen!“

Dr. Preller: „Und aus welchem Grunde nicht?“

Gerd: „Es handelt sich hierbei um Dinge, welche nicht mich allein angehen. Käme mir meine eigene Person in Betracht, könnte ich natürlich davon sprechen. So aber geht es nicht!“

Dr. Preller: „Das ist ein Irrtum, Herr Wieringer! Nachdem Sie diese Dinge derart entwidelt haben, sind Sie allein nicht mehr der einzige Kenner und Besitzer des Geheimnisses. Durch die Entwicklung der Dinge ist das Geheim verlegt worden, und das Geheim hat das Recht, alles zu erfragen und zu erfahren. Das Geheim ist das erhaltende Fundament der Gesellschaft. Auch Sie sind ein Mitglied dieser Gesellschaft, und infolgedessen haben Sie kein Recht, sich den Pflichten, welche diese Mitgliedschaft Ihnen auferlegt, zu entziehen!“

Gerd: „Sie mögen Recht haben, Herr Doktor! Aber, wie dem auch sei, ich mag nicht weiter davon sprechen!“

Dr. Preller: „Verzeihen Sie, bitte, aber diese Pflichtnahmung auf — nun auf Gräulein Grätz, erscheint wirklich etwas übertrieben!“

Gerd: „Das zu beweisen, Herr Doktor, müssen Sie schon mit überlassen!“

Dr. Preller: „Nun, wie Sie wollen! — Nachdem Sie nun Ihre Beziehungen zu Gräulein Grätz gelöst hatten, hören Sie wohl nichts mehr von ihr.“

Gerd: „Nein!“

Dr. Preller: „Wie kommt denn Gräulein Grätz dazu, zu beschwören, Sie hätten Sunningo gebüßt?“

Gerd: „Darüber weiß ich genau so viel, wie Sie Herr Doktor!“

Dr. Preller: „Hatten Gräulein Grätz oder Herr Sunningo gewisse Forderungen an Sie?“

Gerd: „Stein!“

Dr. Preller: „Wie kommt denn Gräulein Grätz dazu, zu beschwören, Sie hätten Sunningo gebüßt?“

Gerd: „Darüber weiß ich genau so viel, wie Sie Herr Doktor!“

Dr. Preller: „Hatten Gräulein Grätz oder Herr Sunningo gewisse Forderungen an Sie?“

Gerd: „Eine Faule entstehen. Dr. Preller ging die Hände auf dem Rücken gefaltet, auf und nieder. Dabei sah ihm die Neuerung des Prozesses vom Abend vorher in den Sinn.“

„Herr Wieringer“, sagte er lächelnd, „ich glaube Ihnen zuwohnen.“

Gerd: „Ich kann nicht allein sagen, ob Sie nicht alles sagen.“

„Sie verschweigen noch manches, das zur Rücksicht der anderen Bevölkerung bestimmt.“

„Das werden verhindern, daß ich

bestimmte Beziehungen aus sprechen, daß die deutsche Außenpolitik jetzt
eigene Vorbild (des Augusts) zeigen sollte. Eine einzige
Bindung an einzelne Mächte darf nicht stattfinden. Eine Bindung an auswärtige Mächte darf nur den
Charakter der Locarno-Verträge, nämlich der Friedenssicherung,
haben.

Die Tatsache, daß wir 1924 den Vertrag mit der
Sowjet-Union geschlossen haben, ist der beste Beweis,
daß wir nicht ein gutes Verhältnis zum Westen auf
Kosten des Ostens herstellen wollten.

Auch die spätere deutsche Politik hat das nur bestätigt. Und es war gut, daß niemals ein Versuch nach anderer Richtung gemacht worden ist, der nur zum Schaden Deutschlands hätte aussehen können. (Zustimmung.) Deutschland treibt europäische Politik. Gewisse Parteien, besonders der Rechten, sind damit nicht einverstanden. Aber niemand hat ein stärkeres Interesse an der friedlichen Weiterentwicklung Gesamteuropas als Deutschland, das zwischen dem Westen und dem Osten Europas eingefügt ist, und das noch weit davon ist, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau vollendet zu haben. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Augenpolitis, gewissen Hoffnungen und Wünschen entsprechend, geändert würde, die nicht nur als Besichtigungen im Ausland laufen, sondern auch in Deutschland verklärt werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn jetzt nach Erlangung der freien Hand eine Außenpolitik getrieben würde, die uns in ihren Konsequenzen in betonten Gegensatz zu den Mächten führen würde, mit denen wir bisher in einer Linie zu positionieren gestellt waren, vor allem zu Frankreich oder England. (Zustimmung.) Das würde ein bedenklicher Rückfall in die Vorkriegsdiplomatie sein, die zur Erhaltung des Gleichgewichts Bündnisse und Entente schloß und damit den Zusammenbruch Europas herbeigeführt hat. (Sehr wohl!)

Für unsere Außenpolitik nach der Rheinlandräumung soll das Wort des Außenministers „Keine

Aventeuer“ maßgebend sein. „Keine

Unreine Außenpolitik kann nicht nüchtern genug betrieben werden, für die Jugend mag es angemessen sein, wenn starke Parolen ausgegeben werden, aber wir haben die Prinzipien des deutschen Volkes zu wahren, und je nüchterner unsere Außenpolitik ist, um so besser für die Deutsche Republik und das deutsche Volk. (Sehr wohl! links und in der Mitte.)

Manche Leute haben sich von einem besonders engen freundlichen Verhältnis zu Russland große außenpolitische Vorteile für Deutschland versprochen, das dann ein besonders starkes Gewicht, vor allem in dem Verhältnis zu den Westmächten in die Waagschale werfen könnte. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion sind zu Russland und zu einer Russland berücksichtigenden Außenpolitik durchaus positiv eingestellt. Wir sind einverstanden mit dem Festhalten an den Verträgen von Rapallo und Berlin, auch mit der Haltung, die das Auswärtige Amt in der letzten Zeit eingenommen hat, und mit den Verhandlungen in Moskau, wenn wir uns auch nicht ganz verschweigen, daß ein gewisser Widerspruch zwischen den ursprünglichen Klagen der Reichsregierung über gewisse russische Dinge und dem leichten Kommunismus besteht. Man hat wenig energisch angefangen, aber diese Energie scheint sich im Laufe der Verhandlungen noch beträchtlich verstärkt zu haben. Wir möchten vor allem, daß unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland erhalten und wenn möglich, vertieft werden. Von dem, was der Berliner Vertrag 1924 darüber gelagert hat, ist der heutige Stand dieser Beziehungen sehr weit entfernt. Nicht nur, daß der deutsch-russische Handel noch lange nicht den Umfang der Vorkriegszeit angenommen hat, sondern es werden in Russland dem deutschen Handel Schwierigkeiten bereitet, die sich einstellen nur schwer überwinden lassen. (Sehr wohl!) Das wesentlichste Hindernis liegt gewiß in der wirtschaftlichen Lage Russlands. Wir wünschen, daß die russische Wirtschaftslage sich so bessert, daß auch unsere Wirtschaft davon profitieren kann, was wieder ganz Europa zu gute käme. Das in Russland bestehende Außenhandelsmonopol gibt jedem Weisbegünstigungsvertrag einen ganz anderen Charakter, als mit anderen Ländern. Was hilft uns die russische Weisbegünstigung, wenn die russischen Behörden wichtige und die wichtigsten Bestellungen nicht in Deutschland machen, außerdem haben sie die Möglichkeit, Handel und Einfuhr nach Russland dahin zu konzentrieren und zu dirigieren, wo es ihnen aus wirtschaftlichen, aber auch aus politischen Gründen zweckmäßig erscheint. Wir sehen, in welch hohem Maße Russland aus Amerika einführt. Auch zur Zeit, als die diplomatischen Beziehungen mit England abgebrochen waren, entwidelt sich der englisch-russische Handel außerordentlich stark.

Man erkennt daraus, wie falsch die russische oder auch deutsch-kommunistische Behauptung ist, als ob Deutschland böswillige Zurückhaltung übt.

(Sehr wohl!) Unser Wunsch nach Förderung und Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen bedeutet aber nicht irgendwelches Einlassen auf politisch-militärische Spekulationen.

Wir fordern den Außenminister auf, die unkontrollierbaren Fäden zwischen der Deutschen Reichswehr und der Sowjet-Armee besonders stark zu kontrollieren.

Wir wollen wirtschaftliche, allgemein politische Freundschaft mit Russland, aber wir wollen nicht, daß irgend welche militärischen Beziehungen angelockt werden, die nicht in Einklang mit unserer Außenpolitik stehen, und die unserer Freundschaft mit Russland einen anderen Charakter geben, dadurch aber die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten verschlechtern würden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Wir fordern, daß die Deutsche Regierung alles tut, um eine von Russland geförderte innerpolitische Agitation in Deutschland zu unterbinden.

So wenig wir uns wegen der anderen Staaten wegen seiner Staatsform und Regierungsmethoden abschließen, ebenso wenig können wir uns auch an einer Kampagne beteiligen, die durch internationale Mittel die Staatsform und Regierungsmethoden in einem anderen Lande ändern will. Gerade im Verhältnis zu Russland wünschen wir nichts. Politisch. Ich hoffe, daß nicht zum Botschafter in Moskau ein Mann ernannt wird, der nach unserer Überzeugung über diese Machtlosigkeit in seiner Weise verfügt. (Abg. Stödt: Haben Sie doch noch nach Moskau!) Nein, um Rieden wurde ich Sie hinzuhören, aber ich fürchte, Sie bleibend uns erhalten. (Heiterkeit.) Jedensfalls glaube ich, daß Sie mit Ihren Methoden in Russland viel günstiger wirken könnten und auch viel freundlicher aufgenommen werden würden, als einer von uns. (Heiterkeit.) Wir Sozialdemokraten sind zum großen Teil darauf angewiesen, Nachrichten über die Zustände in Russland aus zweiter Hand zu beziehen.

Die zwölftige Regierung, die bürgerliche und besonders bürgerliche Journalisten mit Freude und sogar mit einer gewissen Begeisterung begrüßt, zeigt keinen sozialdemokratischen Begeistern.

Wir müssen vielleicht auch militärisch sein, als z. B. Herr Kollege Hochhut, der ja häufig Gelegenheit nimmt, sich selbst in Russland zu informieren. Aber unser Gesamteinsicht über die russischen Verhältnisse ist doch wohl durchaus richtig, und es macht uns nur denktat großzügigen Vorwurf und Zurückhaltung.

Dasselbe gilt auch von Italien. Manche Leute wollen,

dass nach der Rheinlandräumung engere Beziehungen mit Italien eingeknüpft werden, als jetzt bestehen, zum die zukünftige

Staatsform und ihre Regierungsmethoden können eine demokratische Republik nicht veranlassen, sich vollständig gegen Italien abzuschließen. Wer was sollen engere Beziehungen zu Italien uns nützen? (Abg. Stödt: Fragen Sie Herrn Theodor Wolff! — Heiterkeit.)

Wie sollte Italien uns nützen, zumal bei der gegenwärtigen Spannung zwischen Frankreich und Italien, die Truppen gegeneinander ansetzen. Wenn wirs Italien nutzen, dann bedeutet ein gewisse italienische Norden schon den Krieg.

Wir hoffen, daß die bestehenden Kriegsverhütungsmethoden (siehe rechts) den Ausbruch des Konflikts verhindern werden.

Aber nichts wäre für Deutschland bedenklicher, als eine Annahme an Italien und dadurch ein Gegenzug zu Frankreich.

Überhaupt gibt es eine gewisse Ethik für die Republik und für die Demokratie, und diese verbietet eine

Politik besonderer Freundschaft mit dem Faschismus,

und noch dazu eines Gegenzuges gegen das

republikanische Frankreich.

Die Deutsche Republik darf dem System Mussolini nicht diese moralische Rüdenstärkung geben. (Sehr wohl! bei den Soz.)

Die Grenzschwistäle mit Polen sind offenbar nicht von deutscher Seite provoziert worden; doch ist eine gewisse Einschränkung zu machen. Die Affäre Neuhöfen hat eine verdeckte Zähligkeit mit dem Fall Schnabel 1887, der uns nahe an den Rand eines Krieges mit Frankreich geführt hat. Man sollte die deutschen Beamten ausdrücklich davor instruieren, daß sie sich nicht nur jeder direkten Provokation, sondern auch jeder Lockspitzeltätigkeit unbedingt zu enthalten haben. Vor 1914 hätte eine solche Häufung von Grenzkonflikten leicht die Kriegsgefahr heraufbeschworen können. Wir sehen, daß der Verständigungsgedanke große Fortschritte gemacht hat. Wir müssen auf diesem Wege bleiben, um zwar langsam aber schließlich doch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen zu verbessern.

Man verlangt aktive Außenpolitik.

Sie könnte darin bestehen, daß man im Statut des Auswärtigen Amtes die Staatsanleihe einführt, die in den anderen Ministerien schon geübt wird. Die großen Aufwendungen für die Vertretungen in Ankara und Konstantinopel, gewisse auffallend hohe Ausgaben für Einrichtungsgegenstände und Reisetickets sind zwar im Verhältnis zum Gesamtbudget geringfügig, zeigen aber, daß im auswärtigen Dienst immer noch ein Geist herrscht, der von dem allgemeinen Empfinden in den republikanischen Verwaltungen sich stark unterscheidet. Wenn aber ein diplomatischer Vertreter des Reiches hohe Ausgaben u. a. damit begründet, daß die Seitenstrümpe für Damen in der betreffenden Hauptstadt außerordentlich teuer seien, während jedermann weiß, daß er sie durch den Kurier aus Berlin mitbringen läßt, so ist das eine schlimme Irreführung nicht nur seiner Behörde, sondern auch der Volksvertretung, die die Gelder bewilligt. (Lebhafte Zustimmung.) Neben ganz ausgezeichneten Beamten sind im auswärtigen Dienst auch Herren tätig, die bei besonderer Hervorhebung des äußerlichen Auftretens sich dem Geist und Wesen der demokratischen Republik nicht anpassen und noch in jener Zeit zu leben scheinen, da die Diplomaten nur mit Fürsten und ihren Ministern zu tun hatten, während sie heute Deutschland bei dem ganzen Volk vertreten sollen, bei dessen Regierung sie beglaubigt sind. Auch hier müßte auf Wandel geschehen werden. (Sehr wohl! links.)

Über sieht die man die Aktivität der Außenpolitik vielleicht in der Förderung deutscher Kolonialpropaganda, wie sie jetzt unter Mißbrauch des Auswärtigen Amtes betrieben wird? Wir wollen die Aktivität der Außenpolitik darin sehen, daß sie die Annäherung und Verständigung zwischen den Staaten fördert. Diesem Ziel streben wir zu, und

daraum begrüßen wir das Memorandum Briands.

Freilich drängt es die wirtschaftlichen Fragen bedauerlicherweise in den Hintergrund und macht ihre Regelung von einem vorläufigen Abkommen über die Sicherheit abhängig, obgleich mit zu erkennen ist, was beides miteinander zu tun hat. Verhindert muß werden, daß durch eine europäische Organisation der Völkerbund geschwächt oder geschädigt werde. Er ist zwar noch lange nicht unser Ideal,

aber es darf nicht ein Konkurrenzverband die Bedeutung dieses Weltbundes einschränken. Über die Aufrechterhaltung der Souveränität der Einzelstaaten, die Brasil auch im europäischen Verband erhalten will, könnte man verschieden Meinungen äußern. (Zuruf rechts: Sie haben ja schon die deutsche Souveränität besiegt.) Jeder internationaler Vertrag ist eine Begrenzung der Souveränität. Deutschland hat darüber hinaus große Teile seiner Souveränität verloren. Man sollte zu dem Begriff der Gleichberechtigung übergehen, die heute freilich nicht vorhanden ist.

Unsere Übersicht wollen wir aber nicht wie Sie (rechts) durch Anstrengung ersehen und durch Befestigung der entmilitarisierten Rheinzone, aber wie fordern, daß die anderen Regierungen ihre Verpflichtungen aus dem Völkerbundvertrag und aus dem Völkerbundspakt erfüllen.

In die Genseit Verhandlungen über die Plan Briands tritt Deutschland mit dem Vorbehalt seiner Gleichberechtigung ein und daß der neue Welt die Revisionsmöglichkeiten älterer Verträge stärker herausarbeiten muß, als der Artikel 19 des Völkerbundspaktes. (Zustimmung.)

In dem Memorandum Briands ist kein Hinweis enthalten auf das große Problem des Minderheitenproblems, dessen Regelung eine Voraussetzung für das Gelingen des ganzen Planes ist. Hier erwächst Deutschland die Aufgabe des Eintretens für alle, nicht nur für die deutschen Minderheiten. Kennzeichnend für die Zukunft auf diesem Gebiet ist die Behandlung der Christen in Isolde Reiter, die wegen ihres Eintretens für die deutsche Minderheit in Südländern verhaftet, inhaftiert und gefoltert worden ist. Dieser Fall ist ein mahrer Schandtag für Europa, garnicht zu reden von der südosteuropäischen Diktatur als solcher.

Gegen alle Verfolgungen der Minderheiten aufzutreten, das wäre eine Aufgabe der deutschen Politik.

(Lebhafte Zustimmung.) Der Zusammenschluß Europas ist politisch, kulturell und wirtschaftlich notwendig, das letztere wegen der schweren Konkurrenz Amerikas. Gleichberechtigung für alle, auch für diejenigen, die in einem Staat mit anderer Volksmehrheit leben müssen, ist die Voraussetzung.

Unsere Außenpolitik kann nur dorthin gehen, die Verständigung, den friedlichen Ausgleich der Völker herbeizuführen. Das ist keine Parole, mit der man zunächst die Jugend begeistert,

aber wir haben die Aufgabe, die Erkenntnis in die Köpfe zu bringen, daß nur die Friedenspolitik Europa vorwärts bringen kann.

Manche nennen das Feigheit, aber es gehört in Deutschland heute wahrscheinlich mehr Mut dazu, den Frieden zu verteidigen, als gewalttame Konflikte herauszuführen, wie es besonders jene tun, die für die Gewalt nicht zu haben sind, wenn an sie appelliert wird, und die im Weltkrieg den Feind so gehabt haben, daß sie ihn nicht einmal schlagen wollten. (Heiterkeit.) Die Friedenspolitik ist die einzige, die im Interesse Deutschlands und Europas liegt! (Lebhafte, anhaltende Beifall der Soz.)

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dnat), wiederholt seine Vergleiche, die er als Beispiele zwischen dem Statut des Auswärtigen Amtes und der Auslandsmissionen und dem des englischen Auslandes und der englischen Auslandsvertretungen gezogen hatte und erklärt die deutlichen Ausgaben für zu hoch.

Abg. Ulrich (3tr): Wir begrüßen das Europamemorandum Briands wie alle Bestrebungen, die Völker vor dem gegenwärtigen Gefahren zu schützen. Die ständige Betonung des Sicherheitsmoments durch Briand erregt allerdings unser Misstrauen. Mit so chauvinistischen Völkern, wie sie in Europa noch existieren und ohne die Abschaffung des Völkerbundes ist Europa nicht zu verwirklichen.

Abg. D. Mann (Chi.-rat. Arbeitsgr.) spricht von den Leidern und Nöten der Christen in Russland (erreichte Zwischenfälle der Komm.) und gegen den unchristlichen Massenmord des Gegners Deutschlands, die uns unerträgliche Kosten aufzutragen.

Um 18 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Donnerstag, 20.7., Fortsetzung der außenpolitischen Debatte, Anträge auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten.

Gebrauchte Möbel

Einzelne eichene Bettstellen, Kleiderschränke, Nachttische, Stühle, groß u. kleine Spiegel
S. Brandt & Co.
Gartenstr. 65, L (Zillerthal)

Ziehung 12. bis 16. Juli

Kölner Domplat.

Bald-Lotterie

1673 Gewinn. Kosten 1 P. —

225 000

100 000

60 000

40 000

Lot 3 Km. Porto und Liste

versendet auch mit Nachnahme

Emil Stiller Bank-

HAMBURG 5. Holländ. 39

Arbeitsholz

Zus. und Stiel durch Selbstanfertigung kostengünstig kostengünstig kostengünstig von 4.50 bis 15 M.R.
Burgstraße 7. Krywalski.

2 Betten

Eichen u. Nuss. pol. 150

Spiral. Holz. 150

Möbelhaus

Sohn

Holländ. Straße 182.

Die „Frauenwelt“

für Frauen zum Lesen,

Denken und Schauen

Frauenwelt

Eine Halbmonatschrift

für die Frau

der schöpferischen Volks

Preis 50 Pf.

Zu bestellen

bei allen Zeitungsverkäufern

Auf Reisen "4711!"
Neue Eindrücke und die körperlichen Anstrengungen einer Reise vermindern nur zu leicht die Aufnahmefähigkeit. Sind Sie abgespannt, belastigt Sie Hitze, so erfrischen Sie Stirn, Schultern und Nacken mit "4711". Sie empfinden sofort eine wohlende Kühlung, fühlen sich neu belebt und angeregt.
Beim Kauf achtet man genau auf die ges. geod. "4711" und die Blau-Gold-Eitelkeit.
Original-Vielsack 1.75, 2.25, 4.50.

4711 Echt Kölnisch Wasser

Kölnisch Wasser-Seife • Kölnisch Wasser-Badesalz

Haushaltwaren

Glas, Porzellan, Emaille sowie andere Gebrauchsgegenstände
unglaublich billig!

Wir bieten Ihnen jetzt die günstigste Gelegenheit für Ergänzungen und Neuanschaffungen!



Porzellan

Bierbeker mit Goldrand	8 Pl.
Tasse mit Untersetzer	25 Pl., weiß 16 Pl.
Kaffebecher mit blauer Kante	20 Pl.
Sauciere weiß	65 Pl.
Kaffeekanne mit Goldrand	95 Pl.
Kaffeekanne groß, bunt	1.35 weiß 90 Pl.
Salatschüsseln Boston, weiß, groß	90 Pl.
Salatsätze 7-teilig, bunt	1.90
Speise-Service mit Goldrand, 23-teilig	21.50

Butter- oder Käseglocke geschliffen 95 Pf.

Bierbeker gemustert 18 Pl. Goldrand 16 Pl.
Eimer m. grünem Stiel, gemust. 45 Pl. glatt 25 Pl.
Kristallrömer in sortierten Farben und verschied. geschliffen 4.95, 3.95 2.85

Bierbeker mit massivem Rand und gutem Gummiring 1 Liter 3.40 1/2 Liter 3.20 1/3 Liter 3.00
40 Pl. 38 Pl. 35 Pl.

Stangenvasen mit poliertem Boden 32 26 20 16 cm
55 42 35 28 Pl.

Eisdeck-Apparat Fabrikat "Langer" 1.5 oder 6 Gläser komplett m. Buch 4.95

Kakao-Kanne Steingut, gestreift 95 Pl.
Milchkopf Steingut, konisch, weiß, 1 Liter 45 Pl.

Rucksäcke mit Reißverschluss, Vortasche mit Falte, Volllederriemen, Herzstück und Ringkappe 98 Pl.
Reisservellen gummiert Satin mit 5 Taschen zur Aufnahme verschied. Toilettengegenstände 1.25 95 Pl.
Hängematte stark 1.95

Obstmesser, Butter- u. Klemmesser, Tortenmesser, Silber 75 600 gusseiselt jedes Stück 75 Pl.
Kleiner Reisewechsel gutes Werk, mit abstellbarer Alarvmöglichkeit 6.75

Wirtschaftsartikel

Küchenmesser	25 Pl., nicht rostfrei 12 Pl.
Kartoffelschälmesser	25 Pl.
Obstmesser	45 Pl.
Reibebesen	70 Pl.
Isolierflasche m. Porzellanbecher	90 Pl., ohne 78 Pl.
Sahnenschläger mit Blech- oder Glasbehälter	95 Pl.
Waschbrett mit starker Zinkbleibleiste	1.00
Reibemühle	2.95 Weißblech-gehäuse 1.65
Schnellbohrenmaschine	1.90
Holzkafermühle lackiert, guter Werk 1.90	
Elektrische Holzlampe für Balkon oder Garten 2.65	
Vogelbauer mit Glasscheiben, gut verzinkt 2.85	
Plastikbackmaschine Größe 5, verzinkt 4.25	
Ovale Waschwanne 75 cm verzinkt 4.25	
Elektrisches Plättchen mit Zuleitung 6.25	
Brotbackmaschine mit Rundmeiser 7.55	
Ovale Waschwanne mit Ablaufschraube, 80 cm 8.75	

Springform	Weißblech 30 28 26 24 cm
Mit 1.10 0.95 0.88 0.43	

Steingut

Teller gebogen, tief od. flach	16 Pl. mittel 12 Pl.
2 Schüsseln	bunt, 10 und 12 cm, zusammen 20 Pl.
Salatschüssel	weiß gerippt, ca. 25 cm 48 Pl.
Eier-Service	90 Pl.
4 teilig, bunt	90 Pl.
Waschbecken oder Krug, creme	95 Pl.
Salatschüssel 1.90	bunt, 6 teilig 1.25
4 Vorratsbüchsen	3.85
mit vernickelten Deckel	3.85
Toiletten-Eimer mit Bügel	4.75

Emaille

Kasseroles mit Stiel	48, 38 30 Pl.
Nachtgeschirr	weiß, 20 cm 48 Pl.
Waschbecken rund, weiß, 36 cm	95 Pl. 34 cm 85 Pl.
Milchkannen 4 bis 1/2 Liter H. W.	1.95 bis 85 Pl.
Tisch-Schüssel	1.65 36 cm 1.25
Waschschüssel Porzellanform, weiß, ca. 40 cm	2.35
Ovale Wanne neublau oder braun	3.90 2.90
Brotbüchse rund od. oval 4 Pid Bing-Fabrikat	4.50

Maschinentöpfe	neublau 18 16 14 12 10 8 cm
od. braun 95 85 65 48 38 25 Pl.	

Selfen

Parfümerien

Zahnbürsten Bein u. Celluloid, St. 45, 35, 25	15 Pl.
Rasierseife Stangenform, 80% Fettgehalt, St. 15 Pl.	
Maniküre-Instrumente mit Griff, Nagelfeile, Stoßer, Reiniger und Messer 18 Pl.	
Franzbranntwein od. Birkenwasser, Flasche 90, 45 25 Pl.	
Eau de Cologne oder Lavendelwasser, Fl. 90, 45 25 Pl.	
Gummischwämme gute Qualität 75, 45 25 Pl.	
Zahnpaste "Solodon" Tube 45 25 Pl.	
Rasierklingen Marke "Rheinklingo", 10 St. 45 25 Pl.	
Palm-Oliven-Seife 5 Stück in Cellophan-Packung 50 Pl.	
Toiletteseife ca. 80%, Fettgehalt Pfund 68 Pl.	
Oberchal-Seife Frischgewicht 75 600 g 1000 g Riegel 75 Pl. Riegel 45 Pl.	
Reine Kernseife Frischgewicht 300 g 2 große Blöcke 45 Pl.	

Ein Posten Taschenklammern verschied. Ausführung, zum Ausziehen, Stück 35, 25, 15 10 Pl.
Friseurklammern für Damen und Herren, zum Ausziehen, Stück 35, 25, 15 15 Pl.
Ein Posten Klemmzangen leicht angestaubt, Stücke Klemm. u. Tischa. 17.50, 14.50, 10.50 7.75
Klemmzangen leicht angestaubt, Stücke Klemm. u. Tischa. 17.50, 14.50, 10.50 7.75

Papierwaren

Reisepackungen elegant, Inhalt 20 Bogen und 20 Umschläge	zusammen 50 Pl.
Reisepackungen "Feinstes Leinen", mod. Format, 30 Bogen u. 20 Umschläge, zus.	85 Pl.
Papierservietten gekrempelt weiß 200 Stück 90 Pl.	
Amateur-Album mit Stoßbezug 90 Pl.	
Postkarten-Album Inhalt für 500 Karten 98 Pl.	
Tuschkästen Blech, Inhalt: 16 Farben in Porzellankästen, 5 Tuschäpfle, 2 Tuben 1.10 1.90	
Volkssbadewanne ca. 170 cm lg. verzinkt 12.85	

Lederwaren

Kupekkoffer elegant, glatt m. kl. Schönheitsfehl.	50, 55, 60 u. 65 cm, jedes Stück 4.35
Kupekkoffer 70 und 75 cm jedes Stück 4.90	
Kupekkoffer blau, mit umgeh. Nickelschiene, ps. Hartplatte, Vulkan-Schutzzecken, Ledergrip, Zugschlösser in Nickel, Länge 70 cm 6.50	Länge 75 cm 6.85
Tischkästen Blech, Inhalt: 16 Farben in Porzellankästen, 5 Tuschäpfle, 2 Tuben 1.10 1.90	
Waschschüssel Steingutbehalter 1/2 Pfund 2.95	
Bürstengarnitur farbig lackiert 45 Pl. 1/2 Pfund 2.95	
Spiritus-Ballonkocher mit Messingbehälter 2.95	
Wandkaffeemaschine Steingutbehalter 1/2 Pfund 2.95	
Basarwanne grau 35/17 65 Pl.	
Waschekünder gut lackiert 1.45	
Leitern starke Ausführung 1.00	
Basarwanne grau 35/17 65 Pl.	
Salatbesteck hell Kunsthorn 25 Pl.	

Kleideröbel

Handspatzenlangen rund m. Ringen u. Stoffklammern zum Ausziehen, braun geböltet, St. 1.85
Handspatzen-Spiegel Lederentwurf, bunte Farben, St. 2.75
Metallkettentreppen weiß und schwarz, 33 mm stark, 90 x 190 19.50
Anliege-Matratzen 3-teilig und Kuhklauen Dreiblatt, 90 x 190, m. Indiafaserfüllung, St. 25.00
Hutschrank extra billig, weiß und dunkel, ganz Holz, vorn m. Glasscheibe 26.00

Korbmöbel

Ein Posten Korbmöbel leicht angstaubt, Stücke Korb. u. Tischa. 17.50, 14.50, 10.50 7.75
Ein Posten Korbmöbel leicht angstaubt, Stücke Korb. u. Tischa. 17.50, 14.50, 10.50 7.75

Korbmöbel

„Cellophan“ Paket 50 Pl.
Hyalonische, durchsichtige Zellulosehaut. Der beste hyd. und wärmehemmende Vorschlag für Klimmzögölker Vorführung und Verkauf im Erdgeschoss.

Korbmöbel

„Cellophan“ Paket 50 Pl.

<tbl_r cells="2" ix="2" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols="2

Finanznot der städtischen Theater

Von Dr. Herbert Meyer-Berlin

Im Junihest des Zeitschriften „Der Städte“ berichtet der Statistiker des Deutschen Städtebundes, Dr. H. Meyer, über die ungünstig abgeschlossenen finanziellen Erhebungen über die Lage der städtischen Theater.

Der Status der städtischen Theater selbst kennzeichnet sich durch zwei besonders hervorstechende Merkmale: starke Leistungen in allen Kunstgattungen wie Oper, Operette, Schauspiel, Tanz und Konzert, jedoch fortschreitende Verschlechterung des finanziellen Standards. Im Personal sind 1928/29 ganz geringe Veränderungen eingetreten, und es verdient nur gegenüber irrtümlichen Behauptungen hervorgehoben zu werden, daß von den 1520 Köpfen, die sich auf Solisten der Oper (1333) und des Schauspiels (1189), Orchester (3289), Chor (213), Ballett (468), Statisterei, technisches und sonstiges Personal (6566) verteilen, auf das Verwaltungspersonal nur ein relativ geringer Anteil (552 Köpfe oder 3,6 v. H.) entfällt. Die Feststellung entkräftet jene Behauptung, daß der reine Verwaltungsaufwand die Theaterkrisis ausgelöst habe. Die statistischen Ergebnisse über die finanzielle Entwicklung des Theaterbudgets deuten die tatsächlichen Schwachpunkte fürker. Der Staat wird hauptsächlich durch die außerordentlich angewachsenen Auswendungen für das Orchester belastet. Das Orchester nimmt auch absolut und relativ den größten Raum auf der Ausgabeseite ein (28,5 v. H.); es lastet wie ein Bleigewicht auf den Theaterfinanzen. Recht erheblich liegen in der Summe auch die Gagen für die Solisten der Oper (18,7 v. H.), während das Solopersonal des Schauspiels mit seinen Kosten etwas mehr zurücktritt (8,1). Als dritter Belastungsfaktor von gleichfalls ausschlaggebender Bedeutung kommt der Aufwand für das technische Personal in Betracht (17,9 v. H.). Auch dieser Posten weist in Verfolg verdeckter Tarifbestimmungen gegen früher eine beträchtliche Steigerung auf. Technisch liegen die Verhältnisse beim Chor, der heute einen wesentlich höheren Gagenetat beansprucht (7,3 v. H.). Schließlich ist der Fonds für die soziale Fürsorge an der Ausweitung des finanziellen Rahmens der Theaterbetriebe nicht unbedingt (6,3 v. H.). Die Tendenz zu weiterer Ausgabensteigerung hat sich im Vergleich zu den Vorjahren namentlich beim Orchester, beim technischen Personal und bei der sozialen Fürsorge gezeigt.

Die finanzielle Situation der Theater und Orchester hat sich neuerdings deswegen besonders zugespielt, weil die Ausgabever-

mehrung von einer ungünstigen Einnahmeentwicklung begleitet war. Auf der Einnahmeseite sind von einem Jahr zum andern die Betriebserlöse anteilmäßig stark zurückgegangen. Momentlich haben die finanziell stark ins Gewicht fallenden Einnahmen aus Plaketteneinnahmen (11,1 gegen 13,5 v. H.) und Tagessertau (19,8 gegen 21,6 v. H.) eine starke Einbuße ihres Anteils erlitten, aber auch die Einkünfte aus geschlossenen Vorstellungen (3,6 gegen 4,7 v. H.) haben mit der Kostensteigerung nicht Schritt gehalten und sind absolut und relativ verringert. Im übrigen ist die Einnahmeseite mit nahezu unveränderten Anteilen aus Konzertkünften (2,8 v. H.), Einnahmen aus Gastspielen (1,5 v. H.), aus Garderoben, Texten und Zetteln (2,5) und aus sonstigen Quellen (2 v. H.) gespeist worden. Charakteristisch zur Beurteilung der Einnahmeverhältnisse ist die Plakausnutzung der Theater, über die erstmalig Feststellungen getroffen sind. Die Ergebnisse sind allerdings nicht sehr befriedigend, zum Teil sogar betrübend, denn der Ausnungsprozentenfall betrifft einschließlich der Theatergemeinden, je nach der Städtegrößengruppe im Mittel nur 50 bis 60 v. H., ohne die Besucherorganisationen sogar nur um 40 bis 45 v. H. In besonders extremen Fällen hat die Plakausnutzung sogar nur wenig mehr als ein Viertel der verfügbaren Plätze betragen (Lübeck, Brandenburg, Mannheim (Rheinland)). Als Folge der unbefriedigenden Einnahmeverhältnisse ist der Zustrom der Städte auch im letzten Jahr wieder außerordentlich angespannt. Während er 1927/28 im Durchschnitt der Gesamteinnahmen noch 49,4 v. H. ausmachte, ist er 1928/29 auf 54,9 v. H. gestiegen. Nach vorstehenden Schätzungen wird der Anteil der städtischen Zuflussleitung in dem eben zu Ende gehenden Spieljahr schon auf 60 v. H. bemessen.

Stärker kann die krisenhafte Entwicklung nicht gekennzeichnet werden. Angesichts der schwierigen Lage gewinnen die im Gang befindlichen Vorarbeiten des Kulturausschusses beim Städtebund eine beträchtliche Bedeutung. Die vorliegende Statistik dient dabei als ausgezeichneter Wegweiser, denn die von ihr vermittelten Erkenntnisse ziehen eine Reihe von Folgerungen nach sich, die sich etwa in folgende Forderungen umfassen müssen: Beseitigung gewisser Hypertonien, Rationalisierung durch wirtschaftliche Führung der Betriebe bei Aufrechterhaltung des künstlerischen Niveaus, Ersparnismaßnahmen durch Gemeinschaftsarbeit von Städten, Kooperation der Städte mit Reich und Land, verstärkte Zusammenarbeit mit den Theatergemeinden und mit dem Rundfunk und neuzeitliche Abonnementswerbung.

am 30. September als entlassen ansah und, als sie verurteilt wurde, berief.

In der Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht wurde zwar das bezeichnende Argument, R. sei nur Telephonstenograph — er vertrat wohlgemerkt in Abwesenheit den Geschäftsführer — nicht mehr aufgeworfen, dafür aber ein Schreiben angezogen, das er angeblich selbst zur Erlangung der Genehmigung der Entlassung an die Hauptforsorgestelle gerichtet haben sollte. Das Schreiben war aber von ihm nicht unterschrieben; es ergab sich daher kein neues Bild, und die arme Telephon-Union muß wohl über übel als erzwungene Dank des Vaterlandes an den Kriegsbeschädigten R. 1080,20 Mark zahlen. Hoffentlich geht sie daran nicht Pleite.

Arbeitsgericht

„Tranlampige Suze“

müssen sich Hausangestellte nach Ansicht des Breslauer Arbeitsgerichts beschimpfen lassen

Es scheint manchen Arbeitgebern Spaß zu machen, recht oft vor dem Arbeitsgericht zu erscheinen. Zu diesen merkwürdigen Menschen gehört auch der Kaufmann K., aus Bischofswalde, der höchstens wieder vor den Schranken des Gerichts erscheint, nachdem er erst einige Wochen vorher mit diesem Bekanntschaft gemacht hatte. In beiden Fällen handelt es sich um Bekleidungen der Ehefrau gegenüber Hausangestellten. Diesmal war die „gräßige Frau“ in der Auswahl ihrer Kraftausübung allerdings schon etwas vorstelliger geworden. Die Hausangestellte K. war erst einige Tage bei der „Herrlichkeit“ beschäftigt, als sie Arbeiten ausführten musste, die man üblicherweise Hausangestellten nicht zumutei. Sie wurde außerdem noch mit Ausdrücken wie „tranlampige Suze“ usw. beleidigt. Da sie eine derartige Behandlung von ihren früheren Stellungen her nicht gewöhnt war, und sich durch diese Neuerungen beleidigt fühlte, zumal sie auch keinen Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hatte, verließ sie diese seine Stellung bereits nach vierzehn Tagen.

Vor dem Arbeitsgericht beantragte sie durch ihren Gewerkschaftsvertreter Zahlung von 200 und 400 Mark bis zum Ende der Kündigungsfrist. Der Kaufmann, der zum Termin selbst erschienen war, bestritt natürlich sehr erregt, daß in seinem Haushalt derartige Worte gebraucht würden, während der Vertreter der Käferin darauf hinwies, daß ja Herr K. nicht das erste Mal deswegen vor Gericht stünde. Der vom Vorsitzenden vorgeschlagene Vergleich wurde von Herrn K. abgelehnt mit der Bemerkung, daß das einer „Propagierung des Unrechts“ gleichkäme. Das Gericht wies nach kurzer Beratung die Klage mit der Begründung ab, daß die oben wiedergegebenen Worte keine Anlaß zum strittlosen Verlassen der Arbeitsstätte böten.

Ehre und Menschenwürde von Hausangestellten scheint beim Breslauer Arbeitsgericht einer merkwürdigen Beurteilung zu unterliegen.

„Tarife sind Mist“

In den letzten Tagen mußte ein Vertreter unserer Organisation mit dem Inhaber des „Kippe-Garten“, Herrn Georg Meyer, Neue Gasse, wegen Differenzen verhandeln. Diese ehrbare Firma des Gastronomieberufes hatte eine Kollegin nach eimmonatlicher Tätigkeit deswegen entlassen, weil sie tarifliche Bezahlung forderte und sich weigerte, eine Ausgleichssumme zu unterschreiben.

Dabei erklärte dieser Herr: „Tarife sind Mist, wer bei mir Tarif verlangt, fliegt. Früher war das besser als heute, wo jeder Gewerkschaftsleiter seine Klasse in jedem Dreck sieht. Es wird noch die Zeit kommen, wo die Gewerkschaften mit statt ihren Sekretären an die Wand gedrückt werden. Wir werden's euch aber zeigen, wenn's so weit ist, daß die Angestellten klimpern müssen wegen Arbeit bitteln.“

Die Neuerungen scheinen zur Genüge zu beweisen, daß dieser Herr es noch nicht begriffen hat, daß die Arbeiter nur dann Geld bei ihm ausgeben können, wenn sie durch günstige Gestaltung ihrer Tarife soviel verdienen, um mehr als die

Landesarbeitsgericht

T. U. muß bezahlen . . .

Wir berichteten vor kurzem von einem Prozeß des schwerbeschädigten Redakteurs R. gegen die hiesige Niederlassung der Hugobergischen Telegraphen-Union, R., der mit einem weit unter den Abmachungen des Berliner Schlesischen Presse festgesetzten Mindestgehalter liegenden Einkommen von 270 Mark beschäftigt wurde, war gefündigt worden, als er über sechs Wochen franz war. Da aber die Kündigung erst mit der Genehmigung der Hauptforsorgestelle rechtmäßig wurde, werden konnte und R. nach über achtjähriger Beschäftigung eine Kündigungsschrift von vier Monaten zu beanspruchen hatte, verlangte er Gehaltszahlung bis zu dem Ablauf der nach seiner Ansicht erst am 30. Dezember 1929 abgelaufenen Dienstzeit, während T.U. ihn

Oberleutnant und Hausangestellte
Eine peinliche Beigeschichte eines Polizeioffiziers vor dem Schöffengericht
Was dich nicht brennt, das blase nicht

Auch unter einer Polizeiuniform schlägt ein Herz und das mitunter recht stürmisch, was eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht in aller Deutlichkeit aufzeigte. War da eine junge hübsche 17jährige Hausangestellte bei dem Polizeioffizier Sch., einem solid verheirateten Mann, in Stellung. Herr Oberleutnant aber kümmerte sich nicht bloß um die Küche, in der das Mädchen ihre Arbeit verrichtete, sondern auch um den nicht allzu großen Raum, wo außer einigen alten Sachen, einigen Papptäschchen auch das Möbel stand, in dem man sich zur Ruhe niederlegt. Obgleich nicht für die „Herrlichkeit“ und für zwei Personen berechnet, positierte es doch einige Male, daß Herr Oberleutnant aus seiner Uniform heraus- und in das Hausangestelltenbettchen hineinschlüpfe. Obgleich das Mädchen mit solch einer polizeilichen Attacke durchaus nicht einverstanden war, schlug es keinen Lärm — war es ihre Unerschrockenheit, war es falsche Scham oder Befangenheit vor der Autorität des hohen Polizeiers, jedenfalls wäre diese Beigeschichte nie an das Tageslicht gekommen, wenn — ja, wenn nicht der betreute Beischläfer selber in einer merkwürdigen Anwandlung von gekränkter Ehrbarkeit sich anklagte.

Monate waren vergangen. Das von einem Oberleutnant so liebvolll bedachte Mädchen lernte einen Arbeiter kennen, der es ehrlicher mit ihrer Kleid meinte als jener honeste Bürger, sodass sich das Mädchen verpflichtet fühlte, ihm zu beichten, daß es infolge der nächtlichen Besuche jenes Herrn nicht mehr unverhüllt sei. Als ihr Bräutigam nun hörte, daß das Mädchen gegen ihren Willen von jenem Oberleutnant besucht wurde, beschloß er, den Verführer einmal zur Rede zu stellen. Daz die Unterredung, die im Dienstzimmer des betreffenden Herrn stattfand, nicht gerade ein diplomatisch geführter Dialog war, kann man sich bei der gesellschaftlichen Verschiedenheit der beiden Partner und der Behandlung einer solch recht delikaten Angelegenheit sehr gut vorstellen.

Wer aber nun glaubte, daß Herr Sch. vor allem darauf bedacht war, diese Angelegenheit so rasch und ohne allzu viel Aufsehen ins Reine zu bringen, sah sich schwer getäuscht. Vielmehr drohte der so zur Rechenschaft gestellte Oberleutnant den Spiech um und stellte gegen den Arbeiter Strafantrag, weil er sich durch die Fragen und die Worte desselben erprecht fühlte. Damit brachte er sich nun selbst in eine recht peinliche Lage, da ja nunmehr das Gericht zur Feststellung des genauen Sachverhalts sich in aller Breite und Aussführlichkeit mit dieser nicht für alle Ohren und auch nicht für die vorgesetzte Dienststelle des Klägers be-

stimmen Angelegenheit befassten mußte. Natürlich versuchte er hier soweit es irgend ging zu leugnen und die ganze Sache als möglichst harmlos hinzustellen. So will er sich nur einmal auf den Bettrand zu dem Mädchen hingesezt haben. (Wahrscheinlich nur aus väterlicher Fürsorge!) Na, und da sich das Mädchen einem Geschlechtsverkehr nicht abgeneigt (!) zeigte, so ist er eben dem Mädchen mehr zugetan gewesen, als man es von einem verheirateten Polizeioffizier erwarten darf. Staatsanwalt und Gericht konnten sich wohl von der Schuld des Klägers in dieser Angelegenheit überzeugen, aber nicht von einer Schuld des bettigten Arbeiters, daß er sich einer Erpressung schuldig gemacht habe. Denn dieser hatte von dem Kläger weder etwas gefordert, noch irgendeine Drohung ausgestoßen, wenn er auch gesagt haben soll, daß er sich mit den Erklärungen des Herrn Sch. nicht zufrieden geben kann, so ist dies noch lange keine Erpressung, da ihm ja auch der Gedanke gegen den Verführer staatsrechtlich vorzugehen, nahegelegen haben kann. Auf Antrag des Staatsanwalts erkannte das Gericht auf Freisprechung. Drum: „was Dich nicht brennt, das blase nicht“, verehrter Herr Oberleutnant.

Wir hätten uns nicht so eingehend mit diesem Fall beschäftigt, da wir im allgemeinen solche Beigeschichten neidlos der Sensationspresse überlassen. Aber einmal ist diese Geschichte, wie ein angeblich an seiner Ehre verletzter Kläger sich selber zum Angeklagten macht, so lästlich, so lästlich, so voll Molieré'scher Komik, ebenso lehrreich wie erheiternd. Dann aber wollten wir durch diesen Fall wieder einmal aufzeigen, was es mit der heutigen Bürgermoral auf sich hat. Für manche Leute dieses Schlages scheint eben das Proletariermädchen billiges Freiwill zu sein, das man nur zu nehmen braucht, wenn man es begeht. Dagegen läuft man gleich zum Rad, wenn ein Arbeiter einmal auch auf seine Ehre pocht, ein paß deutsche Worte gebraucht. Da ist dann auf einmal die bürgerliche Ehre ramponiert. Deutlicher als in diesem Prozeß konnte die heutige Klassenmoral nicht demonstriert werden.

Wenn nun der Arbeiter, wie es ja nicht anders zu erwarten war, freigesprochen wurde, ist doch nun zu fordern, daß dieser saubere Herr Oberleutnant zur Rechenschaft gezogen wird. Von einem Beamten an so verantwortlicher Stelle muß ein anderes Verhalten gefordert werden, als es dieser Vogel von Herrn Sch. aufzeigt hat.

primären Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Die organisierten Weber sind, die dazu unter den verschiedenen ideologischen Bewegungen noch die Möglichkeit haben, einmal einen Stand in einem Dorf zu vertragen, indem das Dorf aus, wo sie und ihre Kollegen nicht bekämpft werden.

„Vor der Welt-, Arbeitstag und Kultusgesellschaften.

Neuanschaffungen der Gewerbe-Gentzabibliothek

Moskau noch in den Katalog stehen!

Staatswissenschaften

- 5.507.1 Böhl, H. als Sozialgenetiker.
5.508.1 Holzhausen, O. Die Einsamkeit.
5.508.2 Höhne, H. Vierziglande.
5.509.1 Sommer, H. Unjura. Blumen und Pflanzen im Garten.
5.510.2 Polmont, J. Wilde Tiere im Film.
5.511.1 Brechholz, Herm. Wus der Werkstoff der Natur.
5.511.2 Steuron, G. Die rote Koppel.
5.511.3 Steuron, G. Schnipp. Kleiderlinie Abelsohn.
5.511.4 Herdt, Hugo. Der Hypnotismus oder die Suggestion.
5.512.1 France, L. Tier und Liebe.
5.512.2 Bauer, L. Das Paradies des Menschen.
5.512.3 Bauer, Dr. Otto. Die Umwelt.
5.513.1 Heilbronn, Dr. W. Der Mensch.
5.513.2 Benz, A. Wohl-Versitanische Justiz.
5.514.1 Bodann, W. Bringt uns wirklich der Kappenstein?
5.515.2 Bodann, W. Geschlecht und Liebe.
5.516.1 Bodann, W. Geschulpspädagogik.
5.517.1 Höglund, E. Gegen den Geburtszwang.
5.518.1 Rappere, C. v. Von Waren und anderem hohen Milde, 1. Bd.
5.518.2 Rappere, C. v. Von Waren und anderem hohen Milde, 2. Bd.
5.519.2 Rappere, C. v. Die Unsterblichkeit in Sicht.
5.520.1 Römer, O. Der Süßigkeit, seine Entwicklung und Pflege.
5.521.1 Knauer, Dr. K. Die Ameisen.
5.522.1 Peter, Dr. E. Kunstfotische Weltbilder.
5.523.1 Werner, J. Elementarumwandlung, Atomzerrümmerung.
5.524.1 Werner, J. Ueber das ethische Glück.
5.525.1 Werner, Walter. Naturgewalten im Hochgebirge.
5.526.1 Niem, J. Illustrierte Hühnerstunde.
5.527.1 Reichenstein, F. Das Weib bei den Naturvölkern.
5.528.1 Roberts, Ch. Die Burg im Grase.
5.529.1 Röhle-Kerstel, Freud und Adler.
5.530.1 Schatzel, Willi. Das Geschlecht, seine Erscheinungen, seine Bestimmung.
5.531.1 Schmidt, Heinr. Der Kampf ums Dasein.
5.532.1 Schmidt, H. Fruchtbarkeit und Vermehrung.
5.533.1 Schmidt, Peter. Das überwundene Alter.
5.534.1 Teihuber, Ad. und Hel. Das Weib vor und in der Ehe.
5.535.1 Tietjens, E. Die Dejugestion, ihre Bedeutung und Auswertung.
5.536.1 Zell, Th. Geheimpfade der Natur; 2. Bd.: Neue Dokumente.
5.537.1 Zell, Th. Rätsel der Tierwelt.
5.538.1 Zimmermann, R. Vom Nutzen und Schaden unserer Vögel.

Rechts- und Staatswissenschaften

- 6.25 Abraham, R. Staats- und Verfassungslehre.
6.111 Aufhäuser und Höpfl, Arbeitsgerichtsrecht.
6.113 Heller, J. Die ärztlichen Rechtsbeziehungen des ethischen Geschlechtsverkehrs.
6.110 Jakob, E. Einführung in das Gewerbe- und Arbeitsrecht.
6.226.2 Spling und Broester, Gelehr über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Jahre 1927.
6.225.2 Toller, E. Justiz-Ergebnisse.
Die Bibliothek ist täglich von 10 bis 12 Uhr und 16 bis 18 Uhr geöffnet. Sonnabend nachmittag bleibt die Bibliothek geschlossen. Die Ausgabestelle in Oliva befindet sich im Portal zum „Gelben Löwen“. Geöffnet jeden Sonntag vormittag von 10 bis 12 Uhr.

Die „Zeit am Montag“ zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt

In zweitägiger Verhandlung wurde gegen den Chefredakteur Walter Kiehl wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Wagner verhandelt. Der Staatsanwalt hatte 800 Mark Geldstrafe beantragt. Das Gericht verurteilte ihn zu 300 Mark und sprach dem Oberbürgermeister die Publikation des erlungenen Urteils in sämtlichen Tageszeitungen und in der „Zeit am Montag“ zu. Ein näherer Bericht folgt.

Wir marschieren zum Roten Sommerfest
am Sonntag um folgende Zeiten ab:
11 Uhr: Kinder- und Jugendzug,
Seydlitzstraße, Ecke Hohenloherstraße;
14 Uhr: Parteidienstzug, Eltern,
Gräßener Str., Ecke Gr.-Mochbner-Str.
Beide Züge gehen nach dem Rothen-Sportplatz
Ende Gr.-Mochbner-Strasse.

Theater und Musik

Anstellungsgastspiel im Stadttheater

Die Intendanz muss selbst wissen, ob wir uns im neuen Spieljahr neben dem Opern noch ein ständiges Operettenensemble leisten können. Wenn ja, sind wir für eine Anstellung Ernst Rosse vom Gärtnerplatz-Theater in München, der am Sonntag mit großem Erfolge im „Zigeunerbaron“ gastierte. Sein Repertoire war allerdings ein Fremdkörper in unserem sehr abgestimmten Ensemble. Aber Herr Rosse zeigte in seiner Partie so viel Qualität für die komischen Rollen der Operette, in der Hauptrolle ein vollkommen gelöstes Spiel und viel Begabung für die Improvisation, dass wir in ihm den Mann sehen, der das Publikum so zu unterhalten versteht, wie es das Geschehen des Operettentheaters ist. Vorder hat er nur gar keine Stimme. Ein zweiter Gast war der Dirigent Helmar Kübler. Routine, Theaterblut, bewegliches Temperament und Schmit sind die hauptsächlichen Qualitäten seines Dirigierens. Wenn er trotzdem die Städtische Welt auch nicht in ihrer ganzen Kuntheit und Herzigkeit erfreuen lassen konnte, liegt dies am ständigen Dirigenten, das jedem nicht in der ersten Belebung gefielten haben dürfte. Auch für Helmar Kübler können wir gut sprechen.

Stadttheater-Gastspiel

Hermann Wecklar hatte das Glück, gestern den Generalprobe-erfolg der Spielzeit, den „Lüttigen Krieg“, zu dirigieren. Er zieht abgesehen von einigen unökonomischen Bewegungen, die mit der Verantwortung eines Anstellungsgastspiels zusammenhängen, eine sehr überzeugende Leistung, die gefund in der Anstellung. Eine für Wecklar und Stil verzweigt und dem Abstand des zwei vorherigen Signums verließ. Der Stil fand die Schönheit der Romantik heraus und mischte mit wunderlichem, teilweise blauem, aber Wecklar durch eine der ersten Anmerkungen auf die Wieder- und Operettentheater in Betracht kommen.

Gastkonzert

Das Konzert des Berliner Gewandhausorchesters wurde von dem großen heutigen Ereignissen des Vergangenen unterbrochen,

Unter Acht soll gleichzeitig eine Ausstellung der sozialistischen Architektur und Stadtbaus stattfinden. Der 2. Juli ist der Tag der sozialistischen Architektur und Stadtbaus.

Sozialistische Architektur und Stadtbaus.

Arbeiterkinderfreunde, G.K.J. Berlin.

Arbeiterkinder

• Sein Überleben des Jahrtausends in der Weltkriegszeit lief am Dienstag nachmittag die Chancen fast auf Null, als ein Auto kam und dabei in einen Radfahrer knallte, der sie umwarf. Sie klappte mit dem Hinterkopf so unglücklich auf das Straßenplaster, dass sie bewusstlos liegen blieb und in das Allerheiligste-Hospital eingeliefert werden musste.

• Zusammenstoß. In der Berliner Straße, an der Einfahrt zum Güterbahnhof West stießen gestern früh ein Hanomag-Kleinlastwagen und der radfahrende Leichter Geyer und dabei in den Löffel des Autos riss und erhebliche Schnittverletzungen erlitt. Der Radfahrer schaffte den Verletzen sofort in das Allerheiligste-Hospital.

• Verbesserung des Kraftpostverkehrs. Die Kraftpost übernahm Tiefbau wird auf vielleitigen Wunsch hin vom 29. Juni ab an den Sonn- und Feiertagen die Mittwoch-Zahl wie Dienstag, Donnerstag und Sonnabend fahren. Ab Tiefbau 11.30 Uhr, an Obernig 12.28 Uhr, ab Obernig 12.35 Uhr, an Tiefbau 13.15 Uhr. Vom 1. Juli ab werden ferner die Sonntagsfahrten nach Döberitz wieder aufgenommen.

Arbeiter-Sport

Kreis-Spartentagung der Ruderer und Kanufahrer im 14. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Im Rahmen des Kampfrichterkurses tagten Schlesien-Ruderer und Kanufahrer im Breslauer Gewerbehaus. Der Spartenleiter, Geno Geyer-Breslau, stellt in seinem Bericht fest, dass in der abgelaufenen Berichtszeit keine neuen Vereine oder Abteilungen zur Sparte gestoßen seien, dafür aber hat sich die Zahl der Mitglieder in den vorhandenen Vereinen stark vermehrt, ebenso der Bootssport. In Görlitz konnte im vergangenen Jahre ein zweistöckiges Bootshaus mit gegen 100 Bootshänden seiner Bestimmung übergeben werden. Auch in Liegnitz, Bries und Malchin sind Anläufe zur Bildung weiterer Vereine vorhanden. Die Jugendarbeit konnte weiter erfolgreich fortgeführt werden. Der im Westen des Reiches bestehende Nummernwettbewerb wird in der nächsten Zeit über das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt werden. Ausgenommen davon werden nur die Mitglieder der den Spartenorganisationen (für uns Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege) angeschlossenen Vereine und Abteilungen. Alle übrigen Boote müssen volle Adresse, Wohnort und Nummer führen. Durch diese Maßnahme werden eine weitere Anzahl von Bootsbefähigten zu unserer Organisation stoßen, um den wasserpolizeilichen Anordnungen zu genügen. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, fannen in allen Orten auch Einzelfahrer Aufnahme finden. Neben den wasserpolizeilichen Vergünstigungen sind diese Einzelmitglieder persönlich gegen Spurverlust versichert. Eine Fachzeitschrift gibt Gelegenheit zur weiteren Fortbildung. Auslandsfahrten finden Erleichterung durch die Ausstellung von Grenzüberschriften. Nachdem der Kreistechniker Horn und Spartenfasser Waller ihre Berichte zum Vortrag gebracht hatten, folgte eine lebhafte Aussprache ein, die sich vor allem mit der Frage der Einzelmitglieder beschäftigte. Auf Antrag der Revisoren wird der Spartenleitung Entlastung erteilt und dieselbe einstimmig in der bisherigen Besetzung wiedergewählt. — Im Anschluss an den geschäftlichen Teil wurde zu der aus Anlass des 2. Schlesischen Arbeiter-Turn- und Sportfestes in Breslau stattfindenden ersten Kreisregatta Stellung genommen. Die bisher geleisteten Vorarbeiten lassen erkennen, dass in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit am Sonntag, dem 27. Juli, vormittags, auf der im Flutkanal gelegenen Regattabahn ein interessantes Programm abgewickelt werden wird. Mannschaften aus Berlin, Dresden werden in Gemeinschaft mit den schlesischen Vereinen an den Start gehen. Polospiele, Hallbootrennen, Lanzenschießen usw. werden die Geschäftlichkeit der Arbeiter-Wasserfahrer zeigen und das Programm abwechslungsreich gestalten. Die bisher geleistete Arbeit des Regatta-Ausschusses wurde gut geheißen, nachdem noch Rechtsverteidiger Hesse-Berlin beachtenswerte regattatechnische Hinweise gegeben hatte. Damit stand die onregend verlaufene Tagung ihr Ende.

Im Anschluss hieran sei darauf hingewiesen, dass Ruderer und Kanufahrer jederzeit Aufnahme in die Sparte der Arbeiter-Ruderer und Kanufahrer des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund finden können. Auskunft für Schlesien ertheilt Paul Geyer, Breslau 16, Grimmstraße 31.

Snowdens Steuerpolitik

Eine Unterredung Songets mit Snowden

Paris, 26. Juni (Eigener Funkbericht). Der sozialistische Abgeordnete Songet veröffentlicht heute im "Populaire" einen Bericht über eine Unterredung mit dem englischen Schatzkanzler Snowden. Dieser unterstrich darin seinem französischen Besucher gegenüber vor allem wie stark er sich bei der Aufstellung des neuen Budgets von den Programmforderungen der Sozialistischen Internationale habe leiten lassen. Alle Neuausgaben seien durch direkte Steuern gedeckt worden. Nicht einen Pfennig an indirekten Steuern habe er auf die Verbraucher abgewälzt, ja er habe die indirekten Steuern sogar um 800 000 Pfund ermäßigt. Niemals in der Geschichte Englands sei der Reichtum so stark zur direkten Steuer herangezogen worden wie jetzt in seinem Budget, das wirklich ein sozialistisches Budget sei. Die Mehrbelastung treffe von den 2.4 Millionen englischen Steuerzahler nur 400 000 und zwar gerade die reichsten, die eine Mehrbelastung am leichtesten tragen könnten.

Über die Arbeitslosigkeit in England äußerte sich Snowden sehr pessimistisch. Durch Verbesserung der Unterstützung, durch Schaffung von Notstandsarbeiten seien zwar im Einzelnen manche Verbesserungen zu machen, aber die Möglichkeiten seien doch sehr begrenzt. Es fehle vor allem an Krediten. So werde er in seiner Eigenschaft als Schatzkanzler vor allem gegen alle Notstandsarbeiten auftreten, die nicht einer dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeit entsprechen. England könne es sich nicht leisten, Geld und Arbeit nutzlos zu verschwenden. Die Arbeitslosigkeit werde leider erst dann zurückgehen, wenn die Weltwirtschaftskrise einer neuen Hause-Période gewichen sei; denn es sei klar, dass gerade England als ausgesprochenes Exportland unter der Krise besonders stark zu leiden habe.

Ohrfeigen im schweizerischen Kabinettsrat

Bern, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Im Schweizerischen Nationalrat, der sich sonst durch Ruhe und Friedfertigkeit auszeichnet, kam es am Mittwoch zu einem in der Geschichte des Schweizer Parlaments bisher nicht erlebten Zwischenfall.

In der Debatte über den Regierungsertrag über die zehnte Wetterbundversammlung erklärte der Tessiner katholisch-konservative Nationalrat Dölfus, dass Anhänger Sowjetrußlands in den Handel mit Rauchgästen verwickelt seien, den der Württemberg einzudämmen besteht sei. Der Kommunist Bringolf antwortete mit dem Ruf: "Lügner!", worauf sich die beiden Gegner mit Ohrfeigen traktierten. Den ersten Schlag soll Dölfus geführt haben. Nach einer erregten Szene erklärte der sozialdemokratische Präsident des Nationalrats, Graber, die Sitzung für geschlossen. In einer neuen Sitzung wurden Dölfus und Bringolf zur Ordnung gerufen.

Mit großer Wehrheit wurde zum Schluss der Sitzung ein Ordensverbot beschlossen, das Mitgliedern aller eidgenössischen und kantonalen Behörden, schweizerischen Diplomaten

sowie Angehörigen des Militärs die Annahme fremder Orden untersagt. Zu widerhandelnde werden ihres Amtes entzogen.

Weltkraftkonferenz

Die Weltkraftkonferenz hielt am Mittwoch ihre Schlussitzung ab. In einem zusammenfassenden Referat betonte Dipl.-Ing. zur Nedden, die Konferenz habe gezeigt, dass eine Verbilligung der Energie durch Herabsetzung der Kosten für Erzeugung und Verteilung, durch technische und organisatorische Mittel und durch die Erhöhung der Benutzungsdauer zu erreichen sei. Weiter habe die Konferenz erwiesen, dass die Versorgung der Welt mit Maschinenkraft, mit Licht und Wärme im Endeffekt zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen müsse, weil die Energieversorgung jene Verfahren vermehrt, durch die Rohstoffe in Fertigwaren umgewandelt werden. Anschließend an das Referat zur Nedden sprachen die Vertreter der verschiedenen Länder den Verstaatlern und Deutschland ihren Dank aus.

Vorher beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der zentralen Beheizung ganzer Stadtviertel von einem Fernheizwerk aus. Die Technik hat das Problem durch Kombination von Heiz- und Kraftwerken gelöst. Allerdings haben die Heizkraftwerke zum großen Teil, auch in Deutschland, zu Enttäuschungen geführt. Voraussetzung für ein Funktionieren dieser Kombination sei eine bestimmte Absatzdichte, das heißt die Erfassung von genügend benachbarten Häusern mit Zentralbeheizung, und die Garantie für eine Stromlieferung von zeitlich genau vorher bestimmter Höhe. Diese Bedingungen seien bis jetzt nur unzureichend erfüllt. Die Zukunft des Fernheizwerkes werde also bei den Neubauten liegen, wo man die Verhältnisse von vornherein übersehen kann.

Bei Aufsehen erregten die Ausführungen des sowjetrussischen Vertreters, der drauf verwies, dass die Lösung der Fernheizfrage nur durch staatliche Regelung erfolgen könne, und zwar müsse diese Regelung in einer Angleichung der Belastungskurve des Heizwerkes und des Kraftwerkes bestehen. Im weiteren Verlauf wurde betont, dass gerade Deutschland sehr bedeutende Kraftquellen nicht genügend ausnütze. Man könne, wenn man die Quellen richtig verwerte, Überschussenergien in Höhe von 5 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr gewinnen.

Wadt Schober zurück?

Wadt soll Einreiseberechtigung in Tirol erhalten

Die Hugenbergsprese berichtet aus Wien, dass die gestrigen Verhandlungen des Bundeskanzlers Schober mit den Führern der Heimwehr zu der Vereinbarung geführt haben, dass Wadt zunächst ein Gesuch um Einreiseberechtigung nach Tirol an die zuständigen Behörden richten werde und diesem Gesuch stattgegeben werden dürfe.

Fußball

B. I. L. Das Spiel der Negermannschaft am 28. Juni findet auf dem B. I. L.-Platz um 18 Uhr statt.

Athletik

Sportvereinigung Nord-Ost 03. Ju-Jitsu. Freitag, 20 Uhr: Abteilungsversammlung, Turnhalle, Anderthalbstraße.

Touristenverein "Die Naturfreunde"

Heute: Abendwanderung. Treffen 19.30 Uhr: Mauritiusbrücke. — Sonntag: Hüttensonntag. — Montag: Führersitzung im Gewerbehaus.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

Ortsgruppe Klettwitzer-Kärtchen. Wir beteiligen uns alle am Sommerfest der SWD. Distrikt Kärtlow-Kriestow am Sonntag, den 29. Juni bei Rolenberger. Treffpunkt 4 Uhr.

WERTHEIM

BRESLAU 5

Frisches Fleisch

Schweinekopf Pfund 0.50
Schweinebauch mit Beilage Pfund 0.70
Schweineschinken mit Beilage Pfund 0.95
Schweinerücken mit Beilage Pfund 1.00
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 1.00
Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.10
Kalbskamm Pfund 0.88
Kalbsriemenstück Pfund 0.96
Hammelkeule Pfund 1.10
Querleiste Pfund 0.78
Gehacktes und Lungenfett Pfund 0.75
Gulasch Pfund 0.85

Wurstwaren

Schweinesülze Pfd. 0.55	Zervelatwurst Holstein-Dauerwurst Pfund 1.70
Blut- u. Leberwurst Pfund 0.75
Knoblauchwurst 0.95	Salami Holstein-Dauerwurst Pfund 1.70
Rückenspeck Pf. 0.95	Zervelatwurst Westfälische Pfund 1.95
Schinkenwurst in Ringen Pfund 1.50
	Pasteten Leberwurst Pfund 2.00

Freitag u. Sonnabend Stoff-Reste u. Abschnitte

Obst

Kirschen Pfund 0.15
Stachelbeeren Pfund 0.18
Tomaten Pfund 0.35
Bananen Pfund 0.42
Tafeläpfel Pfund 0.45
Blumenkohl	Kopf 0.12

Geflügel

Hühner getrocknet	Pfund 0.82 an
Junge Gänse	Pfd. 1.20 an
Rehblätter	Pfund v. 0.95 an
Rehkeulen Pfund 1.65
Rehrücken Pfund 1.65
Eier	10 Stück von 0.68 an

Konserven

Vierfrucht- Marmelade	2-Pfd.-Elmer
	Marmelade
Orangen-	2-Pfund-Elmer
	Konfitüre
Pflaumen-	2-Pfund-Elmer
	Konfitüre
Kirsch-	2-Pfund-Elmer

Johannisbeer-	Konfitüre 2-Pfund-Elmer 1.25
Erdbeer-	Konfitüre 2-Pfund-Elmer 1.40
Aprikosen	2-Pfund-Elmer 1.15
	Würstchen 5 Paar Dose 0.90

Kolonialwaren

Haferflocken	Pfund 0.24
Bruch-Makkaroni	Pfd. 0.45
Bier-Makkaroni	Pfd. 0.52
Bier-Nudeln	Pfund 0.50
Gebr. Gerste und Roggen	Pfund 0.18

Prob.-Röstkaffee	reinischmackend 1/4 Pfund 0.60

<tbl_r cells="2" ix="

Ein „Druckfehler“ im Schweidnitzer Prozeß Maxi-Frank als Journalist

Eine ungewöhnliche Erklärung infolge ungewöhnlicher Nebenbeschäftigung des Verteidigers Frank — Händen des Schlachtfeldes — der Wahnsturm der Nazis — Kaufmann Schüte im Schutz des Reichsbanners — die Angeklagten lachen — wie es Heinrich Tomaszewski erging

Die gestrige Verhandlung begann mit einem neuen Zwischenfall Frank.

Es hatte es für zweckmäßig erachtet, im „Schlesischen Beobachter“, ein Blatt von unsagbar niedrigem Niveau, durch einen langen Aufsatz am 21. Juni für seine Klienten Stellung zu machen. Staatsanwaltshofrat Reimer, und der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Goerder, Breslau, protestierten hingegen zu Beginn der Sitzung durch folgende Erklärung:

„Der Artikel des Verteidigers Frank ist geeignet, nicht nur die öffentliche Meinung, sondern vor allem die noch nicht vornommenen Zeugen und Zeugenleiter zu beeinflussen; denn er enthält objektive Unrichtigkeiten, Ueberzeichnungen und eine ganz einseitige Darstellung des bisherigen Beweisergebnisses. Damit erschwert er dem Gericht seine Ausgabe, die Wahrheit zu ermitteln, in hohem Grade. Der Verteidiger Frank hat durch seine Abfassung auch gegen die klare Nachsprache des Ehrengerichtshofes der deutschen Anwaltschaft verstochen, der er untersteht, solange er die Freiheit hat, eine deutsche Anwaltskrode zu tragen.“

Er hat also auch handwerklich gehandelt.“

Rechtsanwalt Goerder gab noch der Erwairung Ausdruck, daß etwas Verartiges im weiteren Verlauf des Prozesses sich nicht wiederholen werde. Der Vorsitzende verurteilte die Handlungswweise des Rechtsanwalt Frank ebenfalls und gab auch seinerseits der Erwairung Ausdruck, daß solche Dinge unterbleiben. Selbstverständlich verzog sich der Hitlerische Hofadvokat herauszureden; er wollte „nicht in den schwedenden Prozeß eingreifen, sondern habe nur das Fazit der ersten Instanz gezogen. Wenn in einer Stelle des Artikels die Wendung steht: „hunderte von Zeugen haben das schon bestätigt“ so müsse er erklären, daß es sich hier um einen „Druckfehler“ handele. Er habe niemanden beeinflussen wollen. Von der Drucktechnik versteht Herr Frank offenbar nicht soviel wie von völkischer Rasse „Wilsenschaft“.

Der Telegraphenassistent Bruno Steiner, der am 26. und 27. September 1929 Schalterdienst gehabt hatte, befandete, daß er von etwaigen Ferngesprächen, die in der nebenliegenden Telefonzelle geführt werden, nichts hören könne. Der Kaufmann Groß hat zu Beginn des Tumults die wertvolle Beobachtung gemacht, daß ein Mann im blauen Anzug zu Tretakow ging, um scheinbar einen Streit anzufangen. Der Zeuge hat damals den Eindruck gehabt, daß dieser Vorgang absichtlich herbeigeführt worden ist, um zu prorozieren. Als der Anwaltstellner Wilhelm Peier vernommen wird, und berichtet, daß ihm durch den Tumult persönlicher Schaden entstanden ist, da ein großer Teil der Gäste die Reise nicht bezahlt hatte, sagt der Vorsitzende: Das waren

die Händen des Schlachtfeldes.

gewesen. Der Zeuge befindet ferner, wie Reichsbannerleute in einer Ecke von Nationalsozialisten abgeriegelt und mit Stühlen beworfen wurden. Er hat während des Kampfes am Buffet gestanden und sagt, daß es vollkommen ausgeschlossen sei, daß aus dem Buffet Gläser zum Werken geholt worden sind. Diese Behauptung hatte bekanntlich der Kronzeuge der Nazi, Herr Stuers, aufgestellt. Martha Eisner befindet, daß sie ganz deutlich gesehen habe, daß Reichsbannerleute unter Führung von Schippa in zufälligem Schritt auf den Störungstisch zugegangen sind. Der Haushalter Paul Gregor nahm ebenfalls an der Verhandlung teil. Er hat gesehen, wie die Nazis ihre braunen Mützen aufsetzen, und etwa vier bis fünf Nationalsozialisten die Bühne stürmten. Der Rentner Emil Gildner hatte in unmittelbarer Nähe des „Störungstisches“ Platz genommen. Er sah, wie Nationalsozialisten Mützen aussetzten. Neben ihm zog ein Nationalsozialist einen Gummizüppel aus der Tasche. Der Zeuge Kurt Rohner ging, als sich die ersten Anzeichen der Unruhe bemerkbar machten, auf der Fensterseite des Saales auf die Bühne zu. Vier bis fünf unbekannte Leute arbeiteten sich mit Ellenbogen nach der Mitte des Saales zu durch. Einen von ihnen versuchte er zurückzuhalten, da bekam er schon von hinten einen Schlag mit einem Stuhl. Der Zeuge Fritz Kuschel hat ebenfalls gesehen, wie das Reichsbanner in zufälligem Schritt auf den Störungstisch zu ging, und wie sofort mit einem Schlag geworfen wurde. „Ein Feuerüberfall im Felde war garnichts dagegen“, meinte er. Der Anwaltstellner Brandt sah, wie gleich zu Beginn der Unruhe ein junger Mensch aufsprang, um einen Stuhl zu „herzeigen“. Er trat zu ihm hin und sagte: „Wenn Sie ein vernünftiger Mensch sind, da unterlassen Sie das.“ Doch dieser junge Mensch rechnete sich nicht dazu und

Schlug den Kellner ans Auge.

Der Kesselschmied Erich Richter beobachtete, wie Leute vom Saalshaus zu den Nationalsozialisten um Störungstische bekringend sprachen.

Ein Nationalsozialist sprang gleich zu Beginn mit erhobenem Stuhl nach der Bühne und versuchte den Redner niederzuwürgen. Der Zeuge hat auch noch mehr Nationalsozialisten auf der Bühne gesehen.

Unausgefördert als Zeuge gemeldet hatte sich der Werkmeister Wilhelm Heller, nachdem er im ersten Prozeß erfahren hatte, daß die Nationalsozialisten frech behaupteten, daß von der Bühne mit Stühlen geworfen worden sei. Er wollte diese Ungerechtigkeit nicht dulden. Er hat gegenüber der Bühne auf der Galerie gesessen.

Mit aller Bestimmtheit befindet dieser Zeuge, daß von der Bühne kein Stuhl oder Glas geworfen worden ist: Das hätte er unbedingt sehen müssen. Er behauptete auch ausdrücklich, daß sich der Vermögensaufgänger die ordentlich Mütze gegeben hat, die Nähe wieder herzustellen.

Der Maurer Paul König war mit seiner Frau zur Verhandlung gegangen und hatte rechts unter der Galerie Platz gefunden. Er hat das Kommando: „Mützen auf!“ gehört und gesehen, doch gleich am Anfang sah er nach der Bühne blicken und sah bis acht Nationalsozialisten auf die Bühne springen.

Er selbst hat sich mit seiner Frau bis in die Enden beim Motorbistro am Saalshaus aufgehalten. Sehr bald nach draußen drängten sich dort in der Cafeteria Schreie vor Angst. Menschen standen des Kaufmanns Stock, der als Tisch ausgelegt war. Und nun kommt das Wunderbare: Dieser Kaufmann Schüte, der Bratwurst der Weißigkeit beschädigte, warbarg sich mit den über den Köpfen der Reichsbannerleute, unter denen sich Bratwurst befand.

Der Zeuge König weiß nicht, ob er sich auf die Bühne begeben hat, ob er dann seine Frau und seine Tochter mitgenommen hat.

Die anderen Zeugen seien ähnlich. Ganz bestimmt sei das nicht. Die haben ja nicht untersucht, was eigentlich passiert ist.

Die beiden Zeugen seien ähnlich. Ganz bestimmt sei das nicht. Sie haben ja nicht untersucht, was eigentlich passiert ist.

geboten. Erst als einer der Beamten die Pistole zog, trat Ruhe ein. Der Zeuge König erkennt in dem Angeklagten Kuschel einen der eingeschlagenen Werker wieder. König hat außerdem gesehen, wie Tomaszewski einen Tisch zertrümmerte. Als dabei die Angeklagten lachten, wird der Vorsitzende sehr erzürzt und ruft den Angeklagten zu: „Ich verbiete mir das Lachen. Es ist durchaus nicht zum Lachen, wenn Menschen wie Bestien hausen.“

Der Zeuge Martin Lehner hat gehört, wie der Angeklagte Grzybke den Befehl: „Mützen auf!“ weitergegeben hat. Er beobachtete weiter, wie Nationalsozialisten Stühle zertrümmerten und die Stühlebenne als Waffen benutzt wurden. An einer Stelle sah er, wie zwei Nationalsozialisten gemeinsam einen Stuhl auseinanderriß. Außerordentlich wirkungsvoll sind die Aussagen des Heinrich Tomaszewski. Er ist 77 Jahre (!!!) alt, gehört dem Reichsbanner an und hat in Uniform an der Versammlung teilgenommen. Beweist selbstert, er die Vorgänge des blutigen Abends. Ganz deutlich sah er, wie Nationalsozialisten auf die Bühne sprangen und mit Stühlen auf Wendemuth und Hoppe einschlugen. Er selbst stand am Eingang des Saales und wurde von der flüchtenden Menge zur Seite gedrängt.

Ein Nationalsozialist sprang mit erhobenem Stuhl auf ihn zu und schrie: „Da hast du's du Hund“, und schlug den Stuhl auf ihn. Tomaszewski richtete sich auf, drohte sich um, da belam er von einem anderen Nationalsozialisten mit einer Stahlstange einen Schlag, daß ihm Fleisch heruntergerissen wurde. Ein anderer Nazismann verfolgte den soz. achtzigerjährigen Mann schlagend bis in den kleinen Saal,

wo ihn zwei Unbeteiligte aus seiner bedrängten Lage befreiten. „Ich bin schon 77 Jahre alt“, so schrie er seine Ausführungen, viele Hunderte von Versammlungen habe ich besucht, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt.“ Der Maschinenarbeiter Willi Gaber hat auf der Galerie gegenüber der Bühne Platz gefunden. Trotz zweimaliger Ermahnung des Versammlungsleiters, so berichtet er, gab die Versammlungsleiter keine Ruhe. Nationalsozialisten ließen ihre Mützen auf und sprangen auf die Bühne. Nach der Versammlung, an dem Gaithaus zu den „Drei Hasen“, sah er, wie auswärtige Nationalsozialisten in zwei gegenüberstehenden Reihen angezettelt waren. In der Mitte stand ein Mann und hielt eine Ansprache, der sich für die Teilnahme bedankte und die Nationalsozialisten aufforderte, weiter zusammenzuhalten.

Der Wurf an Ingenieur Schüte

Conrad Wolter zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt

Bon dem Schwurgericht Görlitz wurde dieser Tage der 22jährige Grubenarbeiter Walter aus Kohlau bei Görlitz wegen Totschlags in Tateinheit mit verdecktem Raub zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Erwerbstätigkeit verurteilt. Der Anklagevertreter batte die Todesstrafe beantragt. Walter war bekanntlich mit dem Ingenieur Schüte zusammen auf einem Motorrad gefahren und hatte ihn in der Nähe von Lauban niedergeschossen, dann mit Messerstichen vollends getötet und verbraut. Das Motiv der Tat ist nicht voll geklärt, da Walter als arbeitsloser, schwacher Mensch galt, der zwar arbeitslos war, aber bei seinen Eltern keine direkte Not zu leiden brauchte.

Diskussionsredner werden gesucht

Pro Stuhl zehn Mark, zahlt die Nazipartei

Im Landeshuter Bezirk, wo die Nazi in letzter Zeit besonders lebhaft „tätig“ waren, ist man von Nazis Seite an einen Sozialdemokraten — dessen Gesinnung die politischen Freiheitserklärungen

allerdings nicht lannen — herangetreten und machte ihm die verlockende Angebots, in ihren Versammlungen als Redner zu antreten. Dafür erhielt er pro Stuhl 10 Mark; somit also in der Woche 60 Mark verdienten. Jeder Kommentator in diesem „Geschäftsgeschehen“ würde nur obischwächend wirken.

Nationalistische Rüpelreien

Soll das deutsche Theaterleben in Polnisch-Schlesien wieder gefährdet werden?

Der „Volksbote“ meldet aus Nordenberg OS: Mitglieder des städtischen Theaters in Kattowitz, im ganzen 70 Jahren, führten hier vor etwa 300 Zuhörern im Baginski-Saal das polnische Singpiel „Oberschlesische Hochzeit“ auf. Die polnischen Schauspieler blieben bis kurz vor Abschluß des Zusatzes nach Kattowitz (22.30 Uhr) im Saal. Gegen 21.30 Uhr kamen sich am Ring eine große Anzahl jugendlicher Demonstranten, Polizeibeamte machten mit Hilfe der bislangen Kriminalbeamten unter Leitung des Bürgermeisters Wiechert den Ring sowieso frei, daß die polnischen Schauspieler ungehindert den Saal verlassen und nach dem Bahnhof geleitet werden konnten.

Etwa 150 Jugendliche zogen unter Zurufen und Absingen eines Liedes hinterher. Die polnischen Schauspieler konnten jedoch ungehindert auf den Bahnsteig gebracht werden.

Protest gegen das Lemberger Bluturteil

Kommunistische Demonstration vor dem Beuthener polnischen Konsulat

Mittwoch abend veranstalteten die Kommunisten auf dem Ring in Beuthen OS eine Demonstration gegen das ungewöhnliche Lemberger Bluturteil. An der Demonstration nahmen ungefähr dreihundert Personen mit Transparenten teil; zwanzig Redner hielten Ansprachen, worauf die Demonstranten auszirnderrungen. Ein Trupp aber zog vor das polnische Generalkonsulat, wo einer der Protestredner nochmals eine Ansprache hielt.

Die Strafe wurde dann von der Polizei getäuft und abgeriegelt, der Redner, ein Kaufmann Bauer, vorläufig festgenommen, aber noch im Laufe des Abends wieder entlassen.

Bad Salzbrunn. 20.000 blühende Rosen. Ein in ganz Ostdeutschland einzige dastehendes Blütenwunder zeigt sich jedem Besuchern der Fürstlichen Gärtnerei in Liebichau. Dort blühen und knüpfen rund 20.000 Rosen in einer unbeschreiblichen Schönheit Farbensymphonie.

Neusalz (Oder). Notlandung. Gestern abend landete das Verkehrsflugzeug der Luft Hansa auf der Straße Breslau-Berlin D 711 in der Nähe von Seiffersdorf, Kreis Freystadt, infolge Radarmwellenbruches. Das Flugzeug nahm keinen Schaden. Die sechs Passagiere mußten die Weiterfahrt mit der Eisenbahn antreten. Das Flugzeug konnte heute morgen wieder aufsteigen.

Wahlstatt. Tod an der Festafel. Der Pfarrer Rommelfan von hier feierte gestern sein 25jähriges Priesterjubiläum. Bei dem aus diesem Anlaß veranstalteten Festmahl wollte Gutsbesitzer Simon dem Jubilar die Segenswünsche der Gemeinde aussprechen. Nach wenigen Worten sank er tot um; er war von einem Schlaganfall ereilt worden.

Görlitz. Ein Schwerhörigenheim. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden 160.000 Mark für die Errichtung eines Heimes für Schwerhörige bewilligt, für das die Regierung eine außerordentliche Beihilfe von 88.000 Mark zur Verfügung stellt. Görlitz wird damit das erste Heim dieser Art in Deutschland bekommen.

Hoyerswerda. Ein Todesprung. Am „Blauen See“ bei Hoyerswerda sprang der Glasmacher Grothmann aus Hoyerswerda in erhöhtem Zustand mit einem Kopfsprung das Sprungbrett ins Wasser. Der 23jährige junge Mann erlitt einen Herzschlag und kam nicht mehr zum Vorschein.

Natibor. Sobald verkauft. Das pleitegegangene Söhne-Schuhladenwerk wurde von dem Haupigläubiger Kostelitz aus dem Kreis Liegnitz erworben und soll Mitte Juli wieder in Betrieb gelegt werden. Dadurch wird eine nicht geringe Zahl Natiborer Erwerbsloser wieder in Arbeit kommen.

Der Lustmord bei Gnothitz

Tagesordnung statt: 1. Verlängerung der Geltungsdauer der Kreditbeschluß vom 20. 12. 1927 über 30.000 Mark, vom 26. 6. 1928 über 30.000 Mark, vom 19. 2. 1929 über 30.000 Mark, vom 18. 10. 1929 über 32.000 Mark. 2. Polizeieverordnung betreffend vorläufige Aufbewahrung von Leichen. 3. Aufhebung der Polizeiverordnung über Aufschlagweien. 4. Neufassung des Ortsstatus betr. Kanalisation. 5. Neufassung der Polizeiverordnung bet. Kanalisation. 6. Mitteilungen. 7. Verschiedenes. 8. Geheimer Sitzung.

Brodau. Motorradunglück. Auf dem Brodauer Verbindungswege Ecke Karl-Marx-Straße wurde der Motorradfahrer Paul Wendt von einem aus Breslau kommenden Auto aufgestochen und schwerlich verletzt. Der Soziusfahrer kam mit dem bloßen Schreden davon.

Hermannsdorf. Mieterversammlung. Am Freitag, den 27. Juni, 18½ Uhr, findet im Hotel von Herrn Gabbe eine Mieterversammlung statt. Tagesordnung: Die Erhöhung der staatlichen Grundvermögenssteuer. Redner: Genosse Heppe. Es ist Pflicht jedes organisierten Mieters, sich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Heermannsdorf. Der „Rat“. Am Sonntag, den 29. Juni, begibt die Arbeiter-Fußballjugend hier ihren Reichs-Arbeiter-Sporttag. Daß dieses überhaupt möglich ist, ist eine Sache für sich. Sollte doch der Sportplatz, welcher der evangelischen Kirche gehöre, den Arbeitersportlern zur Verfügung nicht mehr gestellt werden. Nach langen Verhandlungen wird er den Sportlern nur noch bis zum 1. Oktober 1930 zur Verfügung gestellt und dann ein Kartofelacker daraus gemacht. Man ging sogar soweit, und aderte den Platz schon in 12 Meter Breite um, so daß die Arbeitersportler ihn erst spielfähig machen mußten. Darum: Genossen des Arbeitersports, unterkritz am kommenden Sonntag die Arbeitersportbewegung und beteiligt euch alle an der Umzugsdemonstration um 2 Uhr.

Dambis. Mit dem Revolver zu der Hand zerlegt sich hier eine Frau, die mit Nachbarn in Streit geraten war. Ein Schuß ging qualmverweht fehl. Die Waffe wurde dann durch den Landjäger beschlagnahmt.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Kontakt: Margarete u. Hartmann, Glebastr. 12a-12c
Telefon: 5050, 5064.
Sitzung: von 19.15 bis 20.15 Uhr.

Breslau. Freitag, den 27. Juni, 20 Uhr, bei Wende-

monday mit reichhaltiger Tagesordnung und Freunde willkommen.

Meißenbauer Schmied, Metz-Gold

Unterbezirk Neumarkt

Großröhrsdorf, den 28. Juni, 20 Uhr, im Vereinslokal „Gefecht“

20.100 Mark verlobter Versammlung. Eine Kontaktgruppe bildet ein kleines Themen: „Der nationalen Menge“ Kammer-

und Kameradschaftsvereinigung. Spenden haben wir zu erzielten

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Daraus mit der Sprache!

Die Arbeit und Städteamt der Reichsregierung mit ihren Gesetzesvorschlägen wie den Verlagen zur Reform der Arbeitslosenversicherung und zur Reduzierung der Sozialbeiträge in den Reichsstädten wird allmählich unerträglich. Die Bevölkerung will endlich klar seien. Was sollen die unnötigen Diskussionen über die die jetzt von den Regierungsstellen gemachten Teilschritte? Mit diesen Diskussionen kommen wir nicht weiter. Die Dinge, um die es sich bei der Arbeitslosen- und der Reduzierungsfrage handelt, sind so wichtig, daß ganz klarer Wein eingekehrt werden muß. Über hat die Regierung Angst vor der Verständigung?

Neuerdings schwirren durch die Presse Unentdeckungen über eine Herausnahme des Baugewerbes aus der Arbeitslosenversicherung. Man wolle, so heißt es, die Bauwirtschaft in der Arbeitslosenfrage mehr auf sich selbst stellen; man wolle z. B. die Gehüle der im Sommer von den Arbeitern geleisteten Überstunden auf irgend eine Weise für die Unterstützungen im Winter verwenden und ihre vorgezogene Ausgabe verhindern. Dunkel ist der Rechte Sinn. Wenn wir nicht irren, dann wollte der Reichsarbeitsschafft doch gerade die Saisonarbeiter sondern Regelarbeiter bestrafen. Auch die Marxischen des Vorstandes der Reichsanstalt in der Reformfrage ziehen darauf hin. Diese Vorschläge sollten doch für die Arbeitslosenversicherung der Reichsregierung die Basis abgegeben haben. Ist denn jetzt alles nicht mehr wahr? Will man eine Gefahrenklasse für das Baugewerbe vielleicht mit 8 Prozent Beitrag? Ebenso ist in der Presse neuordnung davon die Rede, daß die bisher im Sommer vollbeschäftigte Landarbeiter, welche im Winter unterstützt wurden, nunmehr in der Winterszeit von den Betrieben, bei denen sie arbeiten, durchgeholt werden sollen. Heißt das, daß die Bauwirtschaft von der Solidarität für den Arbeitslosenhilfes nicht mehr profitieren soll? Die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt fordern auch hier das Gegenteil. Man sieht, es wird jetzt allmählich allerhöchste Zeit, daß die Erörterung der Arbeitslosenreform auf einer festen Basis vor sich geht. Die Reichsregierung muß angesichts des Ernstes der Situation der Deftigkeit kipp und slot lagen, was los ist.

Die Verwaltung und Eröffnung der Bevölkerung infolge der Pläne der Reichsregierung, die anscheinend selbst nicht weiß, was sie will, und die unter dem Druck der bestehenden Schichten und der Schärmacher im Unternehmerlager sich zu immer unsozialem Maßnahmen verleiten läßt, wachsen von Stunde zu Stunde. Das „Notopfer“ ist schon jetzt zu einem höchst gefährlichen Apfel der Zwietracht geworden. Schlimmer Unstimmigkeiten sind ins Volk getragen worden, und das alles, weil man sich in der Reichsregierung nicht dazu entschließen kann, sich dem Vorschlag der Gewerkschaften auf Durchführung eines allgemeinen und gerechten Notopfers anzuschließen. Es ist ja gar nicht so, daß die Beamten nicht auch ihr Schaflein zur Vinderung der allgemeinen Not befragt wollen. Sie erkennen ohne weiteres an, daß gerade heutzutage, wo jeder Arbeiter und Angestellte dauernd bedroht ist, seine Stelle zu verlieren und vielleicht auf Jahre hinaus nicht mehr in Arbeit und Brot zu kommen, weiteren Volkskreisen die Sicherung der Existenz eines Beamten als sehr wertvoll erscheint. Aber warum sollen die ganz Kleinen unter den Beamten durch das Notopfer scharrt angepaßt werden und die gehoben bleiben, die mehr und leichter opfern könnten? Beim Wehrbeitrag vor dem Krieg hat man auch keine Sonderbelastungen ganz bestimmter Bevölkerungskreise beschlossen. Mit dem Gedanke über die Kapitalflucht — warum hängt man nicht endlich einmal einige notorische wirtschaftliche Landesverräte am Brandenburger Tor auf? — mit den faulen Aussichten, ein Einkommensteuerzuschlag sei von einem Zugriff der Länder bedroht, sollte man endlich aufhören. Dem Ländereinzug kann man mit einem Paragraphen zu den Finanzabgabestimmungen einen Riegel vorziehen. Steuerzuschläge auf die höheren Einkommen ganz allgemein sind angeblich deshalb nicht zweckmäßig, weil sie die Wirtschaft belasten.

Wir müssen schon sagen: Unglücklicher hat noch nie in Deutschland in einer ersten Stunde und bei wichtigen Problemen eine Regierung operiert, als die Regierung Berlin. Großes steht auf dem Spiel. Die öffentliche Ruhe und Ordnung sind bedroht, wenn nicht Mittel zur Vinderung der Arbeitslosigkeit, vor allem zum Ausbau der Krisenfürsorge, beschafft werden. Die Reichsfinanzen müssen saniert werden. Über nur zufällige Chancen und Gerechtigkeit können das Problem der Stunde gesund lösen. Alle sollen helfen und alle müssen helfen, die Beamten, die Unternehmer und die Arbeiter und Angestellten. Über ein fairenes Spiel muß gespielt werden. Mit pfiffigen Praktiken, z. B. mit Versuchen durch wechselnde Mitarbeiter im Reichstag die „Aktion“ zu schmeißen, wird die Regierung Berlin kaum durchkommen. Es ist ja schließlich auch gar nicht richtig, daß diese Regierung ein Ruder hielte. Wichtig ist nur, daß geziert die Lasten verteilt werden. Gerechtigkeit ist das Fundament eines gesunden Staates.

Es wird weiter „reformiert“

Die Presse der Befreiung bringt wieder neue Vorschläge zur Arbeitslosenreform.

Noch ist die Arbeitslosenreformvorschläge der Regierung Berlin nicht Gelehrt, da kommt die Presse der Deutschen Volkspartei mit neuen „Reformvorschlägen“ an. So besagt die „Röntgenische Reaktion“ unmittelbar durch den am 1. April 1927 erlassenen Gesetzestext, daß eine allgemeine Arbeitslosenversicherung einzuführen ist, welche die Unternehmen aufzubringen haben. Diese neue Vorschläge sind nicht im Rahmen der sozialen Sicherung, sondern in einer sozialen Versicherung, die nicht direkt auf die Unternehmen, sondern auf die Bürger und auf die Städte und Landkreise aufzuladen ist. So unpopulär die Idee ist, daß sie in der Praxis nicht leicht umzusetzen ist.

Blätter auf einen anderen Punkt der Arbeitslosenreform:

Arbeitsheim der Gemeinde- und Staatsarbeiter

In Kochel am See hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dieser Tage sein neues Arbeitsheim mit einer schönen Halle eröffnet. An einer Berglehne, direkt über dem Seeufer, erhebt sich in moderner Architektur bogentümlich das neue Heim. Es gewährt von allen Seiten aus einem wunderbaren Ausblick auf See und Berge. Die Inneneinrichtung ist ebenso gediegen und einfach wie zweckmäßig eingerichtet und mit allen Erfordernissen moderner Hygiene ausgestattet. Ein vorbildliches Arbeitsheim für die geschaffenden Stände, für Arbeiter und Angestellte, das nichts gemein hat mit den preiswerten Hotels etwa gelangweilter kleinerer Bummel- und Schnäppchen. Es dient während der Wintermonate der Ausbildung der Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Der neue Erfolgreichgewerkschaftlicher Ferienkultur, den das Heim des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Kochel am See darstellt, hat bei der Eröffnungsfeier dem Vertreter des Staates, dem Beauftragtenmann, die Jungs gelöst. Freudig erklärte der Herr Oberregierungsrat, es sei eines der erfreulichsten Zeichen der leichten Jahrzehnte, wie sich der vierter Stand, die Arbeiterklasse, emporgearbeitet habe, zur Teilnahme an den Freuden des Lebens und es sei kein Zweifel, daß die gewerkschaftlichen Ferienheime einen großen Fortschritt für die Arbeiterklasse bedeuten.

Differenzen in der sächsischen Kaliindustrie

In der sächsischen Kaliindustrie droht ein Arbeitskonflikt auszubrechen. Von der farblichen Schlichtungsstelle war Ende Mai ein Schiedsspruch gefällt worden, der die alten Löhne ein Jahr unverändert weiter gelten lassen will. Mit Rücksicht auf die nicht besonders günstige Wirtschaftslage der Kaliindustrie hatten die Arbeiter den Schiedsspruch angenommen. Die Unternehmer lehnten ab und diktieren in ihren Betrieben durch Anschlag eine Kürzung der Stundenlöhne um 12 Prozent sowie Wegfall der Nacharbeiterzulagen.

Die Arbeiter haben Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragt. Wird sie nicht ausgesprochen, dann ist ein erneuter Konflikt in der sächsischen Kaliindustrie kaum zu vermeiden. Merkwürdig berichtet, daß der gleiche Arbeitgeberverband, der in Sachsen scharf macht, in Thüringen, wo er ebenfalls die Kaliindustrie betreut, einer unveränderten Weitergestaltung des vorjährigen Lohnvertrages bis zum 30. Juni 1931 zugestimmt hat.

Maßregelungen im Stuttgarter Kommunismus

In der Druckerei des Stuttgarter Kommunistenblattes sind Differenzen ausgebrochen, die am letzten Freitag fast zum Streik und zur Stilllegung des Betriebes geführt hätten.

Die Geschäftsleitung der Druckerei hatte von den fünf Mitgliedern des Betriebsrates drei fraktilos entlassen, weil sie angeblich unangemeldet eine Betriebsratsitzung, die nur einige Minuten dauerte, abgehalten haben sollen. Tatsächlich war die Sitzung jedoch dem zweiten Geschäftsführer angezeigt worden. Die Mehrheit des Personals beschloß deshalb, die Arbeit niederzulegen. In ihrer Not wandte sich die Geschäftsleitung an die „sozialistischen Gewerkschaftsbünde“. Ihnen gelang es, den Streik zu verhindern, ohne daß die Differenzen jedoch bis heute beigelegt worden wären. Die kommunistische Parteileitung weigert sich, die Betriebsratsmitglieder wieder einzustellen. Dieses Verhalten dürfte darin zu suchen sein, daß in dem kommunistischen Betrieb auch sogenannte „Renegaten“ tätig sind — darunter die drei Betriebsratsmitglieder — die besiegelt werden sollen.

Die gemärgelten Betriebsratsmitglieder haben das Arbeitsgericht angerufen.

Die Kündigung des Lohnariffs für die obererzbergische Textilindustrie

durch die Arbeitgeber haben die Textilarbeiter mit der Kündigung des Arbeitszeitabkommen beantwortet.

Die Absicht der Unternehmer, mit Hilfe ihre Kündigung

einen Lohnabbau zu erzielen, trifft durch die Lohnabnahmefrist einzelner Firmen klar zugetroffen. So hat die Firma Donath-Mallenberg (Ergebnisse) einen 20prozentigen Lohnabnahmefrist geordnet und, da die Arbeiterschaft damit nicht einverstanden ist, die Kündigung ausgeprochen. Die Arbeiterschaft, die gut organisiert ist, wird den ihr hingeworfenen Gehdehandelskampf aufnehmen.

Rundgebung der litauischen Gewerkschaften an das Genfer Arbeitsamt

Der Vorstand des Verbandes der litauischen Gewerkschaften hat an das Internationale Arbeitsamt in Genf ein Schreiben gerichtet, in welchem Protest dagegen erhoben wird, daß die litauische Regierung einen Vertreter der „Gelben Gewerkschaften“ als litauischen Arbeitervertreter zur Internationalen Arbeitskonferenz zu entsenden gedenke. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß seit dem Staatsstreich von 1926 von den bis dahin in Litauen bestehenden 18 Gewerkschaften mit 23 000 Mitgliedern, die den Amsterdamer Internationale angeschlossen waren, die meisten geschlossen worden sind, wobei ihr Vermögen beschlagnahmt wurde. Die wenigen noch bestehenden Gewerkschaften hätten unter den Druck der Behörden leiden zu leiden und die Gewerkschaftspresse sei verboten. Das Memorandum schließt mit dem Erischen, den litauischen Arbeitervertreter, der tatsächlich nur ein Regierungsvorstand sei, die Anerkennung seines Mandats zu verweigern.

Zwangsarbeitsabkommen in Genf angenommen

Genf, 28. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Die Internationale Arbeitskonferenz nahm am Mittwoch abend mit 78 gegen 12 Stimmen das Abkommen über die Zwangarbeit an. Die Mehrzahl der Kolonialmächte stimmte für das Abkommen.

Die Arbeitergruppe der Genfer Arbeitskonferenz hat zu dem von der Kommission ausgearbeiteten Konventionsentwurf über die Zwangarbeit einen Minderheitsbericht ausgearbeitet. Danach stimmt die Arbeitergruppe dem Entwurf nur zu, um wenigstens etwas zu erreichen. Sie betont in ihrer Kritik am Konventionsentwurf der Kommission, daß die vorgeschlagene Beseitigung von Zwangarbeit bei militärischer Aufgeboten ungenügend sei; solche Arbeitskräfte dürfen vor allem nicht in den Dienst von Privatunternehmungen gestellt werden, auch wenn die Behörden die Ruffistung führen. Mit der Ratifizierung der Konvention müßten sämtliche Verträge rechtlich aufgehoben werden, durch die Arbeitnehmer ein Recht auf Pflichtarbeit durch Eingebohrte erworben hätten. Eine Anwendung persönlicher Dienstpflichten gegenüber Eingebohrten-Häuptlingen in Geldleistungen steht mit dem Geist der Konvention in Widerspruch. Die Garantien dafür, daß Personen unter 18 und über 45 Jahren, sowie die Stützen der Familien und in keinem Falle mehr als ein Viertel der Bevölkerung zur Zwangarbeit aufgeboten werden dürfen, müßten unbedingt eingehalten werden. Für die tägliche Arbeitsdauer könnte nur der Achstdundentag die Norm abgeben. Der Trägerdienst als Pflichtarbeit müßte baldmöglichst abgeschafft werden.

Bergarbeitergewerkschaften von Südwales entfernen Kommunisten

Die Bergarbeitergewerkschaften von Südwales haben in einzelnen Distrikten beschlossen, die kommunistische Propaganda innerhalb des Verbandes nicht mehr zu dulden. Der Vertrieb des kommunistischen Agitationsmaterials wurde untersagt.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Die statigfundierte Urwahl zum Gauvorstand hatte folgendes Ergebnis:

Geige, Karl 766 Stimmen; Siegert, Paul 760 Stimmen; Töpfer, Arthur II 548 Stimmen; Borek, Hermann 486 Stimmen; Grotz, Fritz 480 Stimmen; Kapf, Wendelin 389 Stimmen; John, Max 364 Stimmen. Als gewählt gelten die Namen der fünf gewählten Kollegen.

Vom Werkmeisterverbandstag in Breslau wurde der Verbandsbeitrag nicht, wie infolge eines Schreibfehlers ursprünglich mitgeteilt worden war, auf fünf Mark, sondern auf sechs Mark erhöht.

Beurteilung Erfolg

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, die in der ersten Hälfte des Jahres noch um rund 130 000, in der zweiten um nicht ganz 80 000 abgenommen hatte, ist, wie von der Reichsanstalt mitgeteilt wird, in der ersten Jahreshälfte nur noch um rund 45 000 gesunken. Dem steht nicht nur ein weiterer Zuwachs der Krisenunterstützung um rund 13 000 gegenüber, sondern die Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden hat — zum erstenmal wieder seit Anfang März — eine geringe Erhöhung um etwa 12 000 erfahren.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 16. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 605 804, in der Krisenversicherung 881 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 686 000 um mehr als 900 000 über der entsprechenden Summe des Vorjahres. Die Überlagerung der Krisenunterstützung ist mitteilt gegenüber dem Stand vom 1. Juni 1928 (900 000) weiterhin, wenn auch langsam, angenommen. Nach Abzug der noch in gefülligter oder unvollständiger Stellung oder in Roßstandarbeit befindlichen müssen von den 2 700 000 verfügbaren Arbeitssuchenden, die am 16. Juni bei den Arbeitsamtern eingetragen waren, rund 2 647 000 als arbeitslos gelten.

Der amtliche Bericht über den Stand der Arbeitslosigkeit in jedem Quartal abgibt. Trotzdem wird aus ihm der Trend der Lage deutlich genug ersehen. Die neuen Zahlen zeigen eine zunehmende von einer nunmehrigen Entwicklung im Laufe des Sommers keine Abnahme mehr zu sein. Wir haben fast von wieder einer Rückgang der Entwicklung zu vernehmen. Eine Rücknahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 40 000 ist momentan zu erwarten. Doch ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht mitteilt.

Die Überlagerung des diesjährigen Niveaus der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr ist weiter gegeben. In der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenversicherung betrifft Mitte Juni die Überlagerung rund 800 000. Im Vergleich mit dem Jahre 1927 wird die Überlagerung noch stärker, denn in diesem Fall beträgt sie allein in der Versicherung 900 000.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird also, wie man an den neuesten Zahlen mit Schrecken feststellen muß, immer bösartiger. Mit einer durchschnittlichen Hauptunterstützungsziffer von 1,6 Millionen pro Monat ist jetzt nicht mehr zu rechnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung sich noch jetzt an eine solche Zahl klammern wollte. Dem Ernst der Situation entsprechend muß sie jetzt den soeben veröffentlichten Richtlinien der Sozialdemokratischen Reichsregierung folgen, die eine Kämpfung der Arbeitslosigkeit gegenübertreten. Es ist nicht mehr möglich, die Regierung zu tragen, die Verantwortung zu tragen hat.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird also, wie man an den neuesten Zahlen mit Schrecken feststellen muß, immer bösartiger. Mit einer durchschnittlichen Hauptunterstützungsziffer von 1,6 Millionen pro Monat ist jetzt nicht mehr zu rechnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung sich noch jetzt an eine solche Zahl klammern wollte. Dem Ernst der

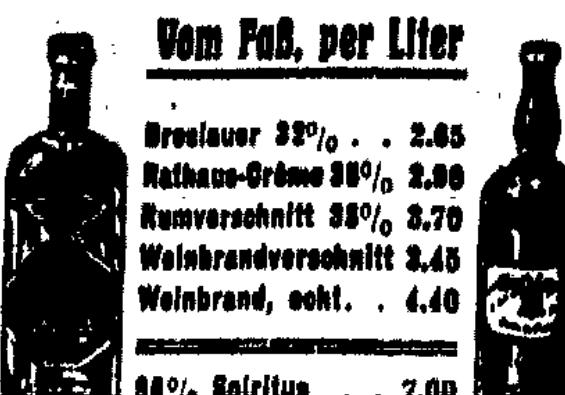
Herzberg & Co.

Ostdeutschlands
größte Likörfabrik

gibt die eigenen Fabrikate
in Breslau in 6 Flaschen ab:
Mönchenstraße 48 Blücherplatz 17/18
Leuthenstraße 10 Michaelisstraße 3
Klosterstraße 64 Selenkowstraße 17

Vom Faß, per Liter

Breslauer 32%	2.65
Kathaus-Grüne 38%	2.80
Rumverschnitt 38%	3.70
Weinbrandverschnitt 2.45	
Weinbrand, echt.	4.40
50% Spiritus	7.00



Liköre vom Faß

von 1/10 Liter an
per Liter per Liter

30% 3.70 35% 4.40

Liköre in Flaschen

p. Flasche p. Flasche

30% 3.10 35% 3.60

Stonsdorfer, Bluterange, Ingwer, Curaçao, Alpen-kräuter, Prünelle, Pfefferminz, Kämmel, Cherry-Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirsch mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb

Spezialitäten

Ei-Créme 4.00 / 3.20

Medoc-Cordial 5.00

Abtei 5.00

Eiskämmel 5.00

Herzberg

Boonecamp 5.00

Herzberg

Lebensstrophen 5.00

Weinbrand *** 5.

Himbeersaft, s. l. 1.35



Deutscher Weinbr.

Marke Utikal
aus französ. We
in Flaschen

Deutsc

Weinbrand 3.

Deutsc

Weinbrand 4.

Deutsc

Weinbrand 5.

Deutsc

Verschluß 2.80, 3.

Sammler-Anzeigen

Deutscher Baugewerksbund
Am 24. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied,
der Bauherrnbarbeiter 2621

Paul Ginzler

im Alter von 33 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau.
Beerdigung: Freitag, 27. Juni, 15 Uhr, von der
Kapelle des Klettendorfer Friedhofes aus.

Am Dienstag, 24. Juni, verstarb unser Mitglied,
der Bauherrnbarbeiter

Paul Ginzler

im Alter von 33 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Klettendorf.
Beerdigung: Freitag, 15 Uhr, von der Halle des
Kommunal-Friedhofes in Klettendorf.

Stadt-Theater

(Opernhaus)

Donnerstag 23.6.

20 bis gegen 22.30 Uhr:

Abend-Vorstellung E 22

Erstaufführung

Das Dorf ohne

Glocke.

Freitag

20 bis gegen 22.30 Uhr:

Abend-Vorstellung C 22

Zum letzten Male

Der lustige Krieg

Samstag

20 bis nach 22.30 Uhr:

Abend-Vorstellung H 22

Das Dorf ohne

Glocke.

Telefon: 50747
Täglich 20.15 bis 22.30:
Salzonausverkauf 1930
Revue von Max Opföhlis
Musik von Harry Ralton

Thalia-Theater

Täglich 20.30 bis 22.35

Nur noch bis insl. Sonntag!

Broadway

vom Dunning u. Abbott
deutsch v. Otto Element

Schauspielhaus
Operettentheater

Tel. 36300

Täglich 8 Uhr

Der Sensationserfolg

der Sommerspielzeit

Dolly's Abenteuer

Operette 1. 4. Bild; v.

Heir u. Verzeul

Musik von

Ralph Bonatky

Engl. Hause und

ino Wimmer a. G.

Gegen Vorweisung

dieser Anzeige

50% Entmündigung

an der Theaterkasse

Pianos
neu und gebraucht, neu von
Rmk. 100,- an, gebraucht von
Rmk. 200,- an

Flügel

Geigen

Lauten

Mandolinen

Gitarren etc.

kleine Anzahlungen

große Monstera!

bis Kasse hoher Rabatt

Pianos im Miete

Reparaturen Silbermöbel

Wieder & Futter

Reparaturwerkstatt

M. 1. THI. Hartmann

Die mit Sicherheit

Schlesische Philharmonie

Heute Donnerstag, 26. Juni

19.30 Uhr:

7. Südpark Konzert

Leitung:

Prof. Dr. G. Dokra

Schlafzimmer
echt eich., vollständ. kompl.

RM. 385-

S. Brandt & Co.
Gartenstr. 63, I. (Zillerthal)

Genossen!
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht!

Reitplatz
an der
Kurassierkaserne

CIRCUS
Carl Hagenbeck

Freitag:

Tägl. 8 Uhr

Tier- u.

Völkerschau

Täglich 10-16 Uhr

Erw. 1.— Mk. Kinder d. Hälfte

Vorverkauf: Verkehrsbüro Marisch, Tel.
52841, Ztg. Gesch. P. Gajewski Nach., Neue
Taschenstraße 16, Tel. 55806 und ab 10 Uhr
vormittags Gierskasse, Telefon 28450.

Sonderzüge der Straßenbahn: Linie 2, 12, 22
umsteigen auf Linie 18 oder direkt Linie 18
vor u. nach jeder Vorstellung, nachm. w. abends

Nur noch wenige Tage

Bettfedern
laufen Vertrauensfache

der Böhmisichen Bettfedern - Diebeleger

Friedrich-Wilhelm-Str. 45 (Stein
Geben)

Wollen Sie Wanzen,
Schwaben, Läuse, Flöhe u.
anderes Ungeziefer los
werden, verwenden Sie nur
Zu haben in Drogerien.

Fernsprecher
21787 u. 21788

Gediegene und ausgewogene
Ausführung aller Druckereien
preiswert in kurzer Lieferzeit

Drecker

VOLKSWACHT

DRUCKEREI — PAPERIA

M. 1. THI. Hartmann

Die mit Sicherheit

genossen

deckt einen Bedarf bei
unseren Inserenten!

Danksagung!

Wir danken von ganzem Herzen für die liebevolle Teilnahme, welche uns bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters erwiesen worden ist. Ganz besonders Herr Neermann vom Verein der Freidenker für Feuerbestattung, sowie den Mitwirkenden an der unvergleichlichen würdevollen Trauerei. Breslau, im Juni 1930.

2610

Geschwister Liedecke.

Praktische Sparsamkeit

3 Pfund
schöne
weisse
Wasch-Paste
für 10 Pfg.
das
Pfund



Anweisung:

Lösen Sie den Inhalt eines Paketes Dr. Thompson's Seifenpulver Marke Schwan in 1 1/4 Liter kochend heißem Wasser auf. Danach die Masse gut umrühren und stehenlassen. Nach Erkalten werden Sie im Topf 3 Pfund schöne, weiche, weiße Waschpulverdinden von ausgezeichnetem Reinigungs- und Waschkraft. Hieraus sehen Sie, daß Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan, von ganz besonderer Qualität und ungewöhnlich billig ist.

Bedenken Sie:

1 Paket Dr. Thompson's Seifenpulver für 30 Pfennig ergibt 3 Pfund Waschpaste für 10 Pfennig das Pfund.

Machen Sie noch heute einen Versuch!

G. m. b. H., Düsseldorf, übersenden auf Wunsch gerne kostenlos die interessante und lehrreiche Broschüre „Allerhand Waschgeheimnisse“.

Aus Heeresbeständen u. a.:
Militärzeltbahnen,
gut erhalten 4.50

Militärzeltbahnen,
neu 11.—, 9.—, 8.—

Zeltbahnsäcke,
Messer 3.—, 2.—, 1.—

Tornister mit Tragriemen 7.—, 5.—, 4.—

Wanderdeden
8.50, 2.—, 1.40

Bläue, gute Taschentücher,
fast neu 16.—

J. Gruska Rupertsheimer
Straße 10.

Spezialitäten

El-Créme 4.00 / 3.20